

Erprobungsraum Rheinland



**Erfahrungsbericht
2014**

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
I. Zielsetzung	3
II. Review 2014 zum 8. IT-Gipfel	3
III. Projekte	5
A. Schwerpunktthema Mobile und Vernetzte Verwaltung	6
1. „Erweiterte Zuständigkeit“ in der Kfz-Zulassung	6
2. Elektronische Vergabe	7
3. Schwerlasttransporte	9
4. Mobile Government	13
5. Energiemanagement/CO ₂ -Zertifizierung	14
6. Kompetenzzentrum Rechtsberatung	19
7. Multikanalfähigkeit der Behördennummer 115	19
8. Ausländerwesen	23
B. Schwerpunktthema Offene Bildungsinfrastrukturen	24
9. Freie Bildungsmaterialien	24
10. Bandbreitenübersicht	25
11. uCloud	25
12. Schulübergangsmanagement	26
C. Schwerpunktthema Open Data	30
13. Open Data Austausch und Workshops	30
14. OGD-Cockpit (Initiative Köln – Bonn – Linz)	31
15. Open Budget	32
16. OParl.	32
IV. Zusammenarbeit mit weiteren Erprobungsräumen	33
17. Metropolregion Rhein-Neckar (MRN)	33
18. Zusammenarbeit mit "Erprobungsraum Nordwest"	34
V. Zusammenarbeit mit der Industrie- und Handelskammer zu Köln	35
VI. Ausblick	36
VII. Veranstaltungsübersicht 2014/2015	38
VIII. Abbildungsverzeichnis	41
IX Tabellenverzeichnis	41
X. Literaturverzeichnis	42

I. Zielsetzung

Der Erprobungsraum Rheinland für innovative und vernetzte Verwaltung wurde am Vorabend des 7. Nationalen IT-Gipfels von 19 Vertreterinnen und Vertretern kommunaler Gebietskörperschaften aus der Region als zweiter bundesdeutscher „Erprobungsraum“ für innovative IT-Angebote des Staates in Essen gegründet.

Seit der Gründungsversammlung im Essener Rathaus am 12.11.2012 haben sich die Mitglieder in zahlreichen Terminen, Workshops und Veranstaltungen themenbezogen über neue Vorhaben und Initiativen ausgetauscht und von ihren Erfahrungen und Erkenntnissen aus den jeweiligen Projekten berichtet.

Im Fokus stand dabei immer die mögliche Übertragbarkeit von Lösungsansätzen sowie deren Evaluierung im Sinne einer modernen, bürgerorientierten und wirtschaftlichen Verwaltung.

Eine erste Bilanz der Aktivitäten für das Jahr 2013 wurde im 1. Erfahrungsbericht zum Erprobungsraum Rheinland gezogen und am Vorabend des 8. Nationalen IT-Gipfels in Hamburg den Mitgliedern des Erprobungsraums vorgestellt.

Der hiermit vorgelegte 2. Erfahrungsbericht zum Erprobungsraum Rheinland berichtet über die Fortführung der bisherigen Maßnahmen sowie neue Aktivitäten im Jahre 2014.

Der Erprobungsraum ist weiterhin offen für neue Mitglieder und Themen.

*seit Gründungsveranstaltung
bereits zahlreiche Projekte
und Initiativen
erfolgreich durchgeführt*

*im Fokus:
Übertragbarkeit von Lösungen*

II. Review 2014 zum 8. IT-Gipfel

Die Mitglieder des Erprobungsraums Rheinland trafen sich am Vorabend des 8. Nationalen IT-Gipfels zu einer Zusammenkunft in der Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg.

Unter Anwesenheit der Beauftragten der Bundesregierung für Informationstechnik und Staatssekretärin im Bundesministerium des Inneren, Frau Staatssekretärin Cornelia Rogall-Grothe, des Staatsrats der Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg, Herrn Jens Lattmann, des CIO der Freien und Hansestadt Hamburg, Herrn Jörn Riedel, und des Beauftragten der Landesregierung Nordrhein-Westfalen für Informationstechnik CIO, Herrn Hartmut Beuß, wurde ihnen der 1. Erfahrungsbericht zum Erprobungsraum Rheinland präsentiert.

*Erfahrungsbericht 2013
vorgestellt*

*Impressionen der
Zusammenkunft am Vorabend
des 8. Nationalen IT-Gipfels
in Hamburg*



Abbildung 1: Zusammenkunft in Hamburg am 20.10.2014¹

Aus dem Kreis der Mitglieder skizzierten Themenverantwortliche beispielhaft bisherige Kooperationen in den Schwerpunktthemen Offene Bildungsinfrastruktur, Mobile und Vernetzte Verwaltungsdienste sowie Offene Verwaltungsdaten, die in 2014 bereits erfolgreich abgeschlossen werden konnten bzw. zu denen erste praktische Erfahrungen bestanden.

*Kurzberichte aus
Kooperationsprojekten und
Planungen 2015*

Diese Darstellung beinhaltet insbesondere Kurzberichte aus Aachen, Kamp-Lintfort, Köln und Wuppertal

- zum Pilotprojekt des Rhein-Erft-Kreises und der Stadt Köln zur „Erweiterten Zuständigkeit in der Kfz-Zulassung“
- zu den bisherigen Aktivitäten zur Elektronischen Vergabe
- zu Entwicklungen im Bereich der Mobilien Verwaltungsdienste
- zum Pilotprojekt der Stadt Aachen und der regio iT GmbH zum Energiemonitoring: e2watch
- über das Projekt Schwerlasttransporte in der Region Köln
- über die Maßnahmen zur Bildung im Digitalen Zeitalter
- über aktuelle Initiativen und Projekte im Handlungsfeld Offene Verwaltungsdaten.

Die Abbildung 2 gibt einen Eindruck der behandelten Themenvielfalt.

¹ Quelle: eigene Darstellung Stadt Köln



behandelte Themenvielfalt

Abbildung 2: Themenvielfalt im Erprobungsraum Rheinland²

Im Rahmen der Veranstaltung und vor dem Hintergrund der bisherigen Arbeitsergebnisse hat die Industrie- und Handelskammer zu Köln als Ansprechpartnerin der regionalen Wirtschaft einen Letter of Intent über die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Köln und der Industrie- und Handelskammer zu Köln im Erprobungsraum Rheinland unterzeichnet (vgl. die Ausführungen in Kapitel V – Zusammenarbeit mit der Industrie- und Handelskammer zu Köln).

III. Projekte

Im Erprobungsraum Rheinland fanden seit der Gründung mehr als 25 Veranstaltungen statt; mehr als 17 Initiativen und Projekte wurden begründet. Tabelle 1 enthält eine thematische Übersicht.

„Erweiterte Zuständigkeit“ in der Kfz-Zulassung Elektronische Vergabe Schwerlasttransporte Mobile Government/Apps Energiemanagement/CO ₂ -Zertifizierung Kompetenzzentrum Rechtsberatung Multikanalfähigkeit der Behördennummer 115 Ausländerwesen	Freie Bildungsmaterialien LOGINEO Bandbreitenübersicht uCloud Schulübergangsmanagement Open Budget Open Data Workshop Open Government Data Cockpit
--	---

Überblick über die Aktivitäten 2012-2013

Tabelle 1: Thematische Übersicht der Aktivitäten 2012-2013

² Quelle: eigene Darstellung Stadt Köln

A. Schwerpunktthema Mobile und Vernetzte Verwaltung

Im Themengebiet der mobilen und vernetzten Verwaltung werden Lösungen für mobile Verwaltungsdienstleistungen entwickelt, in Piloten erprobt und als Blaupausen zur Verfügung gestellt. Der Adressatenkreis umfasst sowohl Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Institutionen als auch verwaltungsinterne Abläufe sowie die Zusammenarbeit mit anderen Verwaltungseinheiten.

1. „Erweiterte Zuständigkeit“ in der Kfz-Zulassung

Beschreibung:

Die „Erweiterte Zuständigkeit“ in der Kfz-Zulassung ist ein Beispiel für eine übergreifende Zusammenarbeit von Gebietskörperschaften im Erprobungsraum Rheinland. Sie wird als gemeinsames Pilotprojekt der Stadt Köln mit dem Rhein-Erft-Kreis durchgeführt und dient als Blaupause für weitere Kooperationen.

Pilotprojekt Rhein-Erft-Kreis und Stadt Köln nun produktiv

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur gegenseitigen Aufgabenerledigung

Im Mai 2014 wurde die Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur gegenseitigen Aufgabenerledigung im Anwendungsbereich der Fahrzeug-Zulassungsverordnung zwischen dem Rhein-Erft-Kreis und der Stadt Köln unterzeichnet und von der Bezirksregierung Köln genehmigt, so dass am 23.05.2014 der Echtbetrieb aufgenommen werden konnte.

Im Einzelnen werden die nachfolgend genannten Geschäftsprozesse der Kfz-Zulassung im Kooperationsprojekt angeboten:

- Außerbetriebsetzung
- Änderung von Daten der Kfz-Halterinnen und Halter
- Änderung Technikdaten
- Erstzulassung eines Gebrauchtfahrzeuges aus dem Ausland
- Ersatzschein
- Kurzzeitkennzeichen
- Neusiegelung von Kennzeichen
- Neuzulassung von Kraftfahrzeugen
- Umschreibung von außerhalb mit Wechsel von Kfz-Halterinnen und Haltern
- Umschreibung innerhalb / Umkennzeichnung anderer Kfz-Halterinnen und Haltern
- Umkennzeichnung gleicher Kfz-Halterinnen und Haltern
- Umschreibung von außerhalb ohne Wechsel von Kfz-Halterinnen und Haltern
- Vergabe Saisonkennzeichen mit Umkennzeichnung
- Vergabe / Löschung von Saisonkennzeichen
- Wiederezulassung nach Außerbetriebsetzung

erfasste Geschäftsprozesse

Die „Erweiterte Zuständigkeit“ in der Kfz-Zulassung ermöglicht die überörtliche Bearbeitung ausgewählter Zulassungsvorfälle. Damit trägt sie zu einer Verbesserung des Bürgerservices in der Region bei.

Von der Kooperationsvereinbarung nicht umfasst sind Zulassungsdienste, Autohäuser und der Samstagsdienst, der von beiden Partnern auf freiwilliger Basis organisiert wird.

Die Entwicklung einer Blaupause für die Ausweitung des Modells auf weitere Partner ist zwischen den Kooperationspartnern abgesprochen und befindet sich derzeit in der Erstellung.

*Entwicklung
einer Blaupause*

Die Projektergebnisse wurden in der Vorstandssitzung des Städtetags NRW am 11.02.2015, im IT-Lenkungsausschuss der Kommunalen Spitzenverbände sowie dem Präsidium des Landkreistages NRW am 24.02.15 vorgestellt.

2. Elektronische Vergabe

Beschreibung:

Die Europäische Union fordert, die Elektronische Vergabe in mehreren Stufen ab 2016 durchgängig elektronisch und transparent umzusetzen. Beginnend mit den elektronischen Bekanntmachungen (in 2016) wird die elektronische Ausschreibung ab 2018 vorgeschrieben.

Bei einem Beschaffungsvolumen der Öffentlichen Hand von 400 Mrd. EUR p.a.³ hilft die Elektronische Vergabe nicht nur der Verwaltung, sondern auch der Wirtschaft, dieses Beschaffungsvolumen unter optimierten Rahmenbedingungen zu bewältigen.

Vor diesem Hintergrund bleibt die Elektronische Vergabe eines der Themen, die im Erprobungsraum behandelt werden.

Die Mitglieder nutzen derzeit noch unterschiedliche Vergabepattformen, die die elektronische Abwicklung der Vergabe unterstützen. Eine Vielzahl der Mitglieder nutzt einen der als Satelliten an den elektronischen Vergabemarktplatz NRW (VMP) angeschlossenen Vergabemarktplätze (<https://www.evergabe.nrw.de/>). Auf diesen Internet-Plattformen können von der Verwaltung Ausschreibungen veröffentlicht werden und registrierte Unternehmen können die Angebotsunterlagen von der Plattform herunterladen, ihre Angebote online abgeben und Bieterfragen stellen.

Zwischenzeitlich wurden beispielsweise in Köln mehr als 1200 Verfahren über den Vergabemarktplatz Köln, einem Satelliten des elektronischen Vergabemarktplatzes NRW, abgewickelt. Ausgehend von einer entsprechenden Vereinbarung mit der zuständigen Innung erfolgen nunmehr sämtliche Vergaben des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik in Köln ausschließlich in elektronischer Form. Bereits kurz nach Angebotsöffnung wird den Bietern der Preisspiegel elektronisch zur Verfügung gestellt, so dass die betreffenden Unternehmen nicht mehr beim Submissionstermin anwesend sein müssen. Dadurch wurde eine hohe Akzeptanz für die Elektronische Vergabe erreicht.

*mehr als 1200 Verfahren
allein in Köln*

Der Schwerpunkt der Elektronischen Vergabe liegt in Köln im Bereich der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB), wä-

³ Vgl. Eßig, Michael und Amann, Markus, Public Customer Attractiveness – Ist die Öffentliche Hand ein attraktiver Auftraggeber?, in: Supply Change Management, I/2014, S. 7, https://www.ipm-scm.com/fileadmin/media/epaper/supply_chain_management_1-2014/files/assets/basic-html/page7.html, Abruf am 19.01.2015

elektronische VOB-Vergaben etabliert

Informationsbedarf bei VOL-Vergaben

Elektronische Vergabeakte

Digitalisierung der verwaltungsinternen Prozesse

Verbindliche Nutzung der elektronischen Vergabeakte geplant

rend im Bereich der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL) bisher nur wenige elektronische Angebote abgegeben wurden. Hier fehlt derzeit noch die entsprechende Bereitschaft der Bieter, an der elektronischen Vergabe teilzunehmen. Daher wurden vorläufig wieder beide Angebotsformen zugelassen. Die mögliche Prozessoptimierung wird damit nicht vollständig erreicht, da eingegangene Papierangebote zunächst eingescannt werden müssen, um sie in der elektronischen Vergabeakte revisionssicher zu hinterlegen. Eine weitere Information der Wirtschaft mit Darstellung der Einsparpotentiale für die Unternehmen ist hier geboten.

Ergänzend zur Nutzung eines Vergabemarkplatzes gibt es Lösungen für eine elektronische Unterstützung der verwaltungsinternen Prozesse von Ausschreibungen.

Ausgehend von einer webbasierten Standardlösung werden zum Beispiel in Köln Vergabeverfahren elektronisch abgewickelt. Dadurch kann auf spezifische Vergabefachverfahren verzichtet, aber den organisatorischen Anforderungen jedes einzelnen Amtes durch notwendige spezifische Anpassungen entsprochen werden. Die stadtweit verbindliche Nutzung der elektronischen Vergabeakte wird weiterhin verfolgt, bedarf aber noch entsprechender Abstimmungen, u. a. mit der Vergabekammer.

Ausblick:

Die bereits im Vorjahr aus den Workshop-Terminen entstandene Anwendergemeinschaft der Nutzer (der diversen Satelliten) des elektronischen Vergabemarkplatzes „vergabe.NRW“ hat die kommunalen Anforderungen an die Lösung gebündelt. Viele der eingebrachten Verbesserungsvorschläge konnten im Laufe des letzten Jahres umgesetzt werden.

Auf diversen Veranstaltungen, u.a. dem cologne IT summit_2014, wurde mit einem Informationsstand und einem Fachvortrag für die Elektronische Vergabe im Erprobungsraum Rheinland geworben.

Wirtschaftliche Effekte:

Es hat sich bestätigt, dass sich durch die Elektronische Vergabe und insbesondere den medienbruchfreien, transparenten, durchgängig elektronischen Vergabeprozess von der Bedarfsprüfung bis zur Bezahlung (Gesamtprozess Vergabe) dauerhaft erhebliche Kostensparnisse insbesondere durch den Wegfall von Druck-, Papier- und Portokosten sowie reduzierten Wegezeiten ergeben.

Wirtschaftliche Effekte

*Mehrfachregistrierungen vermeiden;
Vereinheitlichung der Zugangsprozesse*

Derzeit müssen sich Unternehmen noch auf unterschiedlichen Vergabeplattformen registrieren. Ziel muss es daher sein, den Vergabemarkplatz NRW für weitere Kommunen zu nutzen bzw. durch eine Vereinheitlichung der Zugangsprozesse Interoperabilitäten unter den bestehenden Vergabeplattformen zu schaffen, damit Mehrfachregistrierungen möglichst vermieden werden. Damit wird die Elektronische Vergabe für (mittelständische) Bieter erheblich an Attraktivität gewinnen.

3. Schwerlasttransporte

Beschreibung:

Das Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (MBWSV) hat 2013 eine Projektgruppe „Großraum- und Schwertransporte“ gegründet, die Möglichkeiten zur Verbesserung der derzeitigen gerade für den Schwerlastverkehr problematischen Infrastruktursituation erarbeiten soll.

Dazu wurden vier Unterarbeitsgruppen (UAG) eingerichtet:

- UAG 1 Nutzungspotentiale der Bahn für Großraum- & Schwertransporte
- **UAG 2 Open Data und Schwerlastnavigation**
- UAG 3 Hafenerreichbarkeit und Schwerverkehrsrouten
- UAG 4 Klassifizierung von Fahrzeugtypen.

Die Arbeitsteilung der vorgenannten verschiedenen Arbeitskreise verdeutlicht die Abbildung 3:

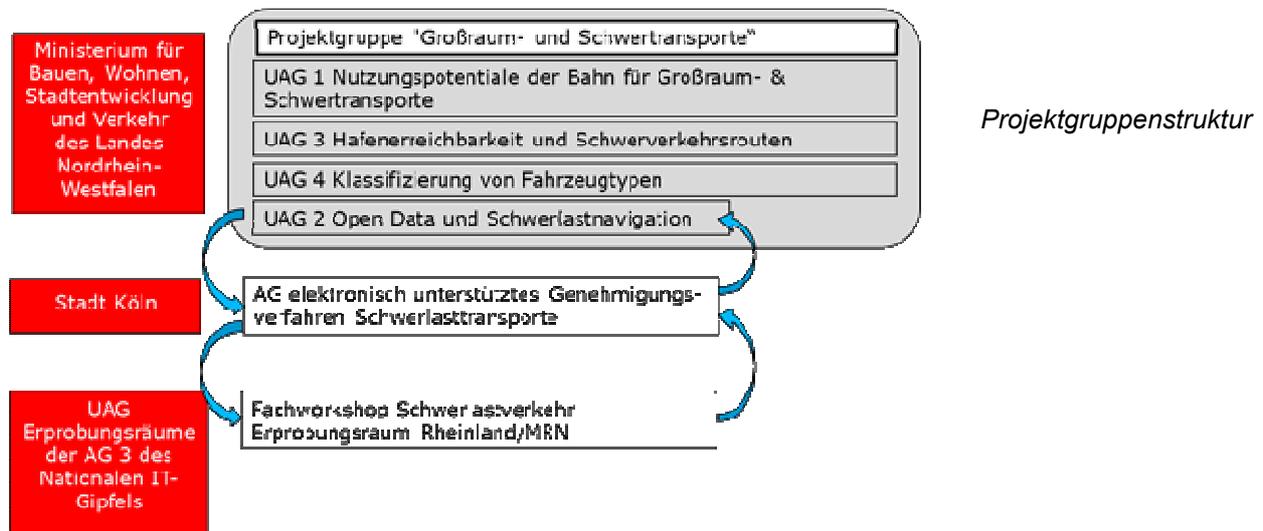


Abbildung 3: Aufbau und Verzahnung der Arbeitsgruppen

Primäres Ziel der UAG 2 ist es, Wege aufzuzeigen, wie mit Mitteln und Methoden der modernen Informations- und Kommunikationstechnik die Genehmigungsprozesse in einer ganzheitlichen Betrachtung optimiert werden können (vgl. Abbildung 4). Hierzu zählt auch die Erhebung, Bewertung und Bereitstellung der notwendigen (bau- und straßentechnischen) Fachinformationen.

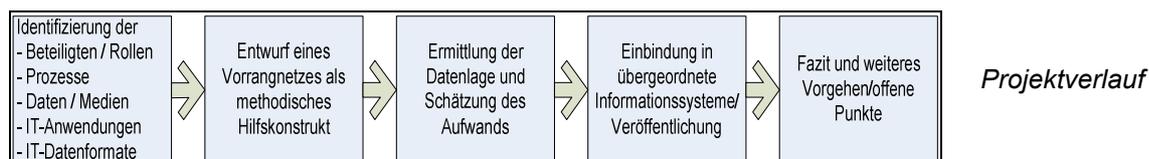


Abbildung 4: Projektverlauf

Vor dem Hintergrund, dass nicht das gesamte Straßen- und Wegenetz regelmäßig durch den Schwerlastverkehr genutzt wird, wurde aus den Rückmeldungen der Transportwirtschaft und aus Daten der Genehmigungspraxis sowie unter Berücksichtigung der Häfen und

Autobahnanschlüsse ein Vorrangnetz entwickelt. Auf die dort beschriebenen Strecken konzentrieren sich die Erhebungen, Analysen sowie weitere Maßnahmen, wie ggf. auch eine zukünftige Investitionssteuerung. Das Vorrangnetz dient somit im Rahmen des Projektes als methodisches Instrument, um die Datensichtung, -erfassung und -analyse handhabbar zu gestalten.

Losgelöst vom tatsächlichen baulichen Zustand der Verkehrsinfrastruktur erscheint derzeit die Datenlage über den Zustand und die Belastbarkeit von Straßenbauwerken als größte Herausforderung. Es zeigt sich, dass die Daten oft nicht mehr aktuell genug sind und/oder lediglich in analoger Form vorliegen. Daher wurden auf Basis des oben beschriebenen Kölner Vorrangnetzes die Datenlage sowie die weiteren notwendigen Maßnahmen inklusive der entsprechenden Aufwände identifiziert und am Beispiel der Brückenbauwerke für die Gewichtsklassen 155t mit verschiedenen Achsanordnungen und 299t qualifiziert geschätzt. Im Zuge der weiteren Diskussionen wurden noch weitere Baulasträger, wie z.B. Netzbetreiber, identifiziert, welche bei der weiteren datentechnischen Befüllung des Vorrangnetzes berücksichtigt werden müssen. Es zeigt sich, dass der Aufbau und die Pflege des Datenbestandes und des Netzes für die Kommunen eine dauerhafte Aufgabe darstellen.

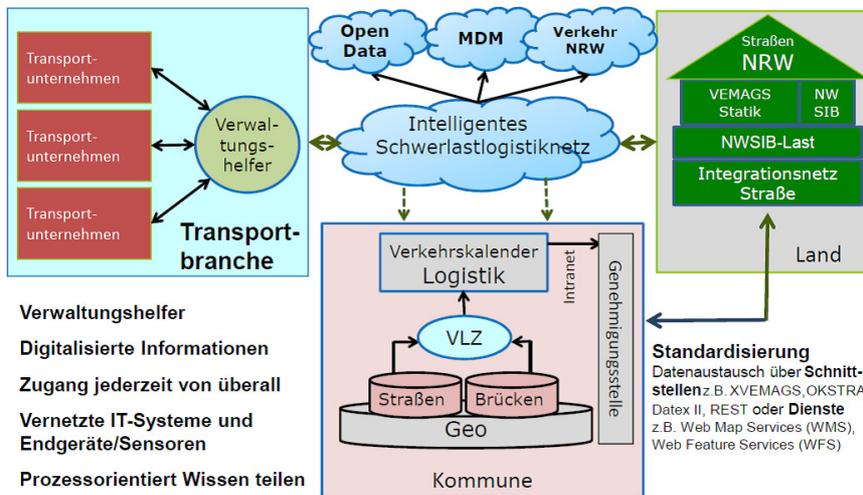
Im Projekt wurden die verschiedenen IT-Systeme und die jeweils verarbeiteten Daten gesichtet. Die Teilnehmer der UAG 2 empfehlen die durchgängige Nutzung von VEMAGS⁴ durch die Genehmigungsdienststelle und die anzuhörenden technischen Dienststellen, um den Prozess zu optimieren. Zur weiteren Bündelung von fachlichen Informationen wird der Aufbau eines kommunalen Informationssystems (hier der Verkehrskalender Logistik) empfohlen, um allgemeine Fachdaten, beispielsweise zu Durchfahrtshöhen oder Baustellen, an einem zentralen Punkt zu konzentrieren und durch eine Verkehrsleitzentrale (VLZ) redaktionell zu betreuen. Von besonderer Bedeutung für die Veröffentlichung und Nutzung des Datenbestandes ist ferner die Integration der kommunalen Fach- und Verkehrsdaten in die landes- und bundesweiten Informationssysteme, wie z.B. in das Integrationsnetz Straße (INS) oder in den Mobilitäts Daten Marktplatz (MDM).

Die hier erarbeitete Infrastruktur ist grundsätzlich auch auf andere Kommunen übertragbar (vgl. Abbildung 5).

⁴ Vgl. o. V., VEMAGS = Verfahrensmanagement Groß- und Schwertransporte; <http://www.vemags.de/>, Abruf am 20.01.2015.



Anwendungsarchitektur Zielsystem (Entwurf)



Anwendungsarchitektur

Abbildung 5: Anwendungsarchitektur Zielsystem (Entwurf)

Aufgrund der im Projekt gemachten Erfahrungen und den daraus der Projektgruppe übermittelten grundsätzlichen Empfehlungen, wurden seitens der Projektgruppe am 05.02.2015 folgende Beschlüsse gefasst:

Beschlüsse der Projektgruppe

1. Die Projektgruppe empfiehlt, ein landesweites Vorrangnetz bzw. landesweite Vorrangstrecken für den Schwerlastverkehr bis zu einer Gewichtsobergrenze von 155t zu definieren, welche die Basis und den Rahmen für weitere Planungen auch auf kommunaler Ebene geben.
2. Die Projektgruppe spricht sich für die landesweite Nutzung von VEMAGS bei allen Genehmigungsbehörden, anzuhörenden Stellen und Transportunternehmen aus. Ziel muss es sein, den Genehmigungsprozess von der Antragstellung über die Prüfung bis zur Genehmigung durchgängig elektronisch abzuwickeln.
3. Die Projektgruppe empfiehlt, alle aktuellen und relevanten Bauwerks- und Streckendaten für das definierte Vorrangnetz zu erheben, elektronisch aufzubereiten und über die IT-Systeme des Landes beim Landesbetrieb Straßen NRW verfügbar zu machen. Zu diesem Zweck sind die IT-Infrastrukturen der Genehmigungsbehörden landesweit zu vernetzen. Die Transportwirtschaft ist an der Datenerhebung zu beteiligen. Die Daten sind in das bundesweite Integrationsnetz Straße (INS) zu übertragen (vgl. Abbildung 6).
4. Die Sanierung der kommunalen Infrastruktur und die dort notwendigen Maßnahmen zur Datenerhebung, Bewertung und dauerhaften Pflege müssen bei den Überlegungen zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur auch auf Bundes- und Landesebene mit einbezogen werden.
5. Die Projektgruppe beauftragt eine Arbeitsgruppe zur Umsetzung der Beschlüsse damit, eine Blaupause zum weiteren Vorgehen zu erarbeiten und in einem Pilotprojekt (am Beispiel des Vorrangnetzes der Stadt Köln) praktisch zu erproben:

- a. Vollständige Erhebung bzw. Nachrechnung von Strecken- und Bauwerksdaten (Volumen, Träger, Zeitrahmen) unter Beteiligung der Transportwirtschaft.
- b. Übermittlung der Bauwerks- und anderer Fachdaten aus kommunalen IT-Infrastrukturen an die Landessysteme unter Nutzung der Standardformate XVEMAGS, OKSTRA und Datex II, weitere Standardisierung der Formate.
- c. Vernetzung der kommunalen IT-Verfahren mit den Anwendungen des Landesbetriebs Straßen (NW-SIB) und, soweit rechtlich zulässig, mit den Fachsystemen der Transportwirtschaft; Aufbereitung der Daten zur Übertragung in das geplante Integrationsnetz Straßen (INS), Aufbereitung und Veröffentlichung nicht schutzwürdiger Daten im Open Data-Portal des Landes bzw. von Kommunen.
- d. Bedarfsorientierte, an den befahrenen Strecken orientierte Übertragung des Modellversuchs der Stadt Köln über den Erprobungsraum Rheinland in weitere angrenzende Kreise und Städte.

ebenenübergreifende
Vernetzung

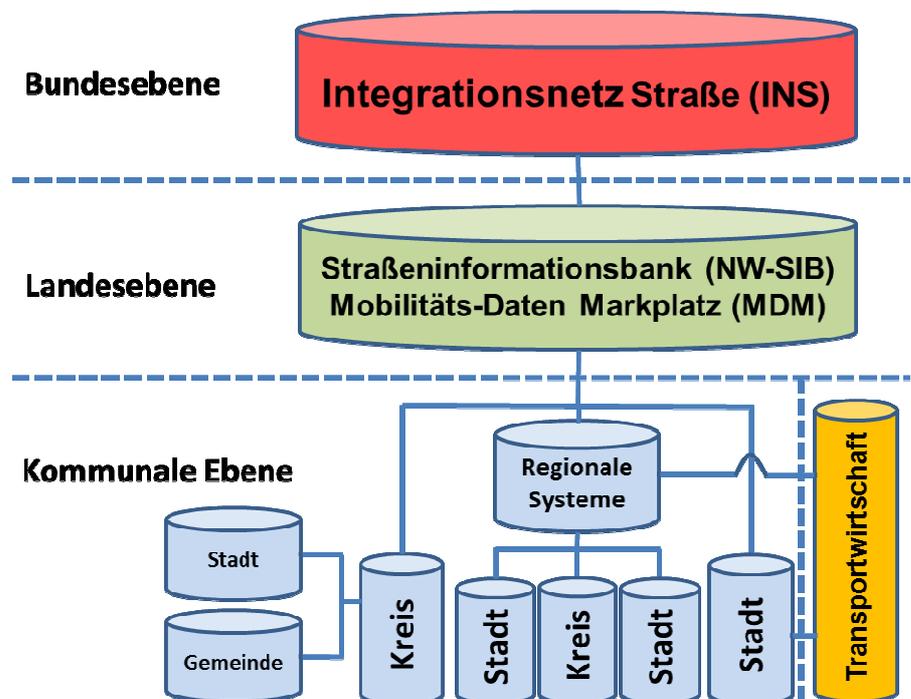


Abbildung 6: Datenbereitstellung und Vernetzung (schematisch)

Wirtschaftliche Effekte:

Die wirtschaftlichen Auswirkungen lassen sich derzeit nicht exakt beziffern. Positive wirtschaftliche Effekte sind aber in folgenden Bereichen durch eine optimierte und damit auch schnellere Genehmigungssituation zu erwarten:

Im Einzelnen:

- effizientere Aufgabenerfüllung bei den Fachdienststellen
- schonendere Infrastrukturnutzung, da durch die transparente Datenlage ggf. Schäden schneller erkannt und Gegenmaßnahmen ergriffen werden können

Stärkung der
Wirtschaftsregion

- Investitionssteuerung im Sinne zielgerichteter und rechtzeitiger Investitionen anhand der vorhandenen Daten (Stadt, Land und Bund).
- schnellere und preisgünstigere Transportabwicklung zur Stärkung der Wirtschaft im Allgemeinen und der Transportwirtschaft im Besonderen => Stärkung des Wirtschaftsstandortes Rheinland.

Ausblick:

Im Jahr 2015 sollen die politischen, finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, das Projekt in Köln als Blaupause auch für den Erprobungsraum weiterzuentwickeln bzw. umsetzen zu können. Hierzu haben bereits erste Termine stattgefunden, denen weitere Termine, auch mit dem MBWSV und anderen Beteiligten (IHK, Transportwirtschaft, ...) folgen werden.

Blaupause

Daneben wird der Informationsaustausch mit anderen Projekten bzw. Regionen, z.B. mit der Metropolregion Rhein-Neckar oder mit Partnern in den Niederlanden gepflegt.

*überregionale
Vernetzung*

4. Mobile Government

Beschreibung:

Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger haben eine geänderte Erwartungshaltung an Verwaltungsprozesse. Sie möchten mobil, schnell, digital, orts- und zeitunabhängig mit der Verwaltung kommunizieren. Sie erwarten service- und ergebnisorientierte Antworten, unbürokratische Lösungen, die an Unternehmens- und Lebenslagen angepasst sind. Sie wünschen Verwaltungsdienstleistungen, die nicht an den Grenzen von Gebietskörperschaften enden, sondern regional vernetzt, innovativ und interkommunal konzipiert sind.

*geänderte Erwartungshaltung
von Wirtschaft und
Bürgerschaft
an Verwaltungsprozesse*

Vor diesem Hintergrund fanden bereits in 2013 mehrere gemeinsame Veranstaltungen des Arbeitskreises Software-Entwicklung des KDN – Dachverband kommunaler IT-Dienstleister und des Erprobungsraums Rheinland zum Thema Mobile Government statt. Ausgehend von den damaligen „Starterworkshops“ für Kommunen, die in die APP-Entwicklung einsteigen (technische Realisierungsansätze, Eigen-/Fremdrealisierung, Erfahrungsaustausch zu technischen Fragestellungen und dem Entwicklungsprozess), thematisierte am 03.07.2014 in einer Videokonferenz der KDN-Arbeitskreis „Mobiles Arbeiten“ die aktuellen Diskussionsbedarfe für Mobile Government.

Als relevante Fragestellungen wurden u. a. eruiert:

- die Unterstützung bei der Auswahl von Systemen des Mobile Device Managements (MDM)
- der Austausch zu organisatorischen Rahmenbedingungen mobiler Arbeit (Datenschutz, Datensicherheit, Dienstvereinbarungen)
- die Bereitstellung von Cloud-Diensten
- ein Austausch zu den Anwendungen, die derzeit bereits mobil bereitgestellt werden
- sowie die IT Sicherheit.

*Beispiele relevanter
Fragestellungen*

Blaupausen und gemeinsame Projekte

Bürgerportale und Interoperabilität der Bürgerkonten

geänderte Arbeitswelten, neue Kommunikationswege

Wirtschaftliche Effekte:

Blaupausen und gemeinsame Projekte sind weiterhin der ressourcenschonendste Ansatz für die Entwicklung und Erprobung mobiler Verwaltungslösungen.

Ausblick

Künftig wird die Nutzung von Bürgerportalen im Zusammenhang mit dem Einsatz mobiler Lösungen an Bedeutung zu nehmen. Dabei sind insbesondere auch Lösungen für eine Interoperabilität der Bürgerkonten gefordert: mobile Arbeitnehmer möchten nicht in jeder Kommune ein separates Bürgerkonto pflegen, sondern ihre Daten „mitnehmen“.

Auch die verwaltungsinterne Kommunikation ändert sich: Blog und Wiki ergänzen bisherige Informationsmöglichkeiten wie Intranet und Newsletter sowie Austauschplattformen wie Personalinformationstage und die Flurgespräche. Das flexible, mobile Arbeiten gewinnt unmittelbaren Einfluss auf die Gestaltung der Arbeitsumgebung: die Anforderungen an die technische Ausstattung und an Bürokonzepte ändern sich.⁵

5. Energiemanagement/CO₂-Zertifizierung

Beschreibung:

Das Thema Energieeffizienz/Green IT/CO₂-Bilanzierung hat weiterhin an Bedeutung gewonnen, insbesondere auch im Bereich der Öffentlichen Verwaltung. Eine Ausweitung mobiler Angebote und Services, eine immer stärkere Vernetzung der Geräte (Internet der Dinge) bringen einerseits einen steigenden Energiebedarf für die Verfügbarkeit der Dienste, andererseits ermöglichen sie ein gezieltes Energiemanagement zur Verbrauchsreduzierung.

Klimaschutz und kommunales Energiemanagement

Maßnahmen und Initiativen für das Energiemanagement in öffentlichen Gebäuden, die transparente Kostenerfassung und deren verursachergerechte Zuordnung, Förderung des Klimaschutzes in Kommunen, Projekte zur Elektromobilität sind nicht mehr nur ein allgemeine Zukunftsthemen für Kommunen, sondern werden in konkrete Planungen überführt und in Projekten umgesetzt.

Erfahrungsaustausch über Initiativen im Erprobungsraum

Vor diesem Hintergrund wurde das Thema CO₂-Effizienz in einem gemeinsamen Workshop des Erprobungsraums Rheinland und der Metropolregion Rhein-Neckar im März 2014 in Aachen behandelt. In dieser Veranstaltung haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die bereits bestehenden Ansätze/Vorhaben zu den Schwerpunkten Energiemanagement in öffentlichen Gebäuden, Smart City und Klimaschutz in der Stadt sowie Energiebilanzen betrachtet.

Die Stadt Aachen berichtete über ihr Projekt e2watch; aus der Metropolregion Rhein-Neckar wurde der Projektansatz für ein CO₂-Bilanz-Portal vorgestellt und für Köln wurde die Initiative SmartCity Cologne präsentiert.

⁵ Vgl. o. V., eco . Verband der deutschen Internetwirtschaft e. V., Pressemitteilung vom 14.01.2015, <https://www.eco.de/2015/pressemitteilungen/experten-erwarten-arbeitswelt-4-0-bis-2025-etabliert.html>, Abruf am 28.01.2015

Projekt e2watch in Aachen:

Die Online-Monitoring-Lösung e2watch der regio iT wurde in Kooperation mit dem Gebäudemanagement der Stadt Aachen entwickelt. Mit e2watch können z.B. Verbrauchsdaten von Strom, Wasser und Wärme erfasst und abgebildet werden. Darüber hinaus beinhaltet die Lösung auch Stör- und Alarmfunktionalitäten. e2watch wird zwischenzeitlich auch in der Städtereion Aachen genutzt. Abbildung 7 vermittelt einen Eindruck der Auswertungsmöglichkeiten für ein Gebäude.

e2watch



e2watch - Von der Stadt Aachen für den Erprobungsraum Rheinland



Abbildung 7: Projekt e2watch: Monitoring Strom und Wasser⁶

CO₂-Bilanz-Portal in der Metropolregion Rhein-Neckar:

In der politischen Diskussion zum Klimawandel wird immer wieder das Monitoring der Schadstoffausstöße gefordert. Fördermaßnahmen werden bzw. sind teilweise schon an CO₂ Bilanz und Monitoring gekoppelt.

Derzeit gibt es unterschiedliche Ansätze der Bilanzierung von CO₂; sowohl hinsichtlich der erzielten Aussagen als auch der benötigten Daten besteht keine Homogenität. Für eine aussagefähige Bilanz werden ca. 500 Datensätze von mehr als 15 Datenlieferanten benötigt. Die erforderlichen Umrechnungsfaktoren werden von unterschiedlichen Instituten (GEMIS, IFEU,...) erstellt. Für die Interpretation der Daten ist entsprechendes Fachwissen erforderlich. Eine Datenerfassung sollte zudem in einem Rhythmus von 3 Jahren wiederholt werden. Eine Datenbank, die möglichst alle notwendigen Daten zur Verfügung stellt und insbesondere den Kommunen hilft, ihren Aufwand zur Datenerhebung (und die damit verbundenen Kosten) zu reduzieren, ist vor diesem Hintergrund ein Desiderat.

⁶ Quelle: Andreas Poppenborg, regio iT Aachen, Vortrag 20.10.2014 Hamburg

Die Metropolregion Rhein-Neckar hat daher in ihrem Projektansatz für ein CO₂-Bilanz-Portal ein Konzept entwickelt, wie die benötigten Daten über eine Datenbank (nicht nur) Kommunen zur Verfügung gestellt werden können (vgl. Abbildung 8).

CO₂-Bilanz-Portale in der MRN

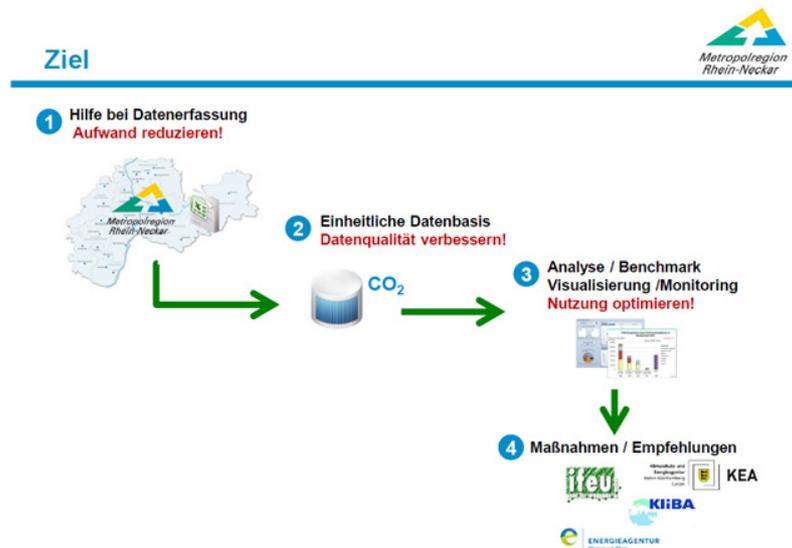


Abbildung 8: Projektansatz MRN für ein CO₂-Bilanz-Portal⁷

Initiative SmartCity Cologne:

SmartCity Cologne ist ein gemeinsames Projekt von Kölner Unternehmen, Privatleuten, Verbänden und Behörden für einen nachhaltigen und bewussten Umgang mit Energie. Mit SmartCity, der „intelligenten“ Stadt, reagieren die Akteure auf die Herausforderungen des Klimawandels. Im Rahmen des Projekts werden Techniken und Dienstleistungen erprobt, die umweltbewusstes urbanes Leben künftig prägen werden.⁸

Das Projekt SmartCity Cologne stellt Interaktion und Transparenz in den Vordergrund: alle Kölnerinnen und Kölner sind eingeladen, ihren individuellen Beitrag zu einer modernen, lebenswerten Stadt zu leisten – Privatleute ebenso wie Unternehmen oder Verbände. Gemeinsam werden intelligente Ideen und zukunftsweisende Technologien zum Schutz des Klimas entwickelt. Ausgehend von dem Gedanken, dass eine SmartCity nur durch die Vernetzung und den Austausch ihrer Bewohnerinnen und Bewohner sowie der Institutionen funktionieren kann, dient die SmartCity-Webseite als zentrale Kommunikationsplattform: sie informiert über die neuesten Klima-Projekte in Köln, ihre Initiatoren und Partner sowie über laufende Veranstaltungen für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen. Eine Rubrik „SmartCity im Bild“ stellt die einzelnen Projekte in kurzen Filmbeiträgen vor und berichtet über den jeweils aktuellen Stand.

SmartCity Cologne und Integriertes Klimaschutzkonzept

⁷ Quelle: Thilo Sekol, Verwaltungsvereinfachung/E-Government, Metropolregion Rhein-Neckar, Vortrag 24.03.2014 Aachen

⁸ Vgl. o. V., Darstellung auf der Projektplattform <http://www.smartcity-cologne.de/zukunft-gestalten/>, Aufruf am 26.01.2015.

Beispiele für Teilprojekte sind:

- Förderung und Einsatz erneuerbarer Energien
- „Smarte Technologien“ im Kölner Stadtgebiet (z. B. E-Mobilität)
- Konzepte zur CO₂-Reduktion
- Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur Steigerung der Energieeffizienz.⁹

Abbildung 9 zeigt den Plattformcharakter der SmartCity-Webseite.

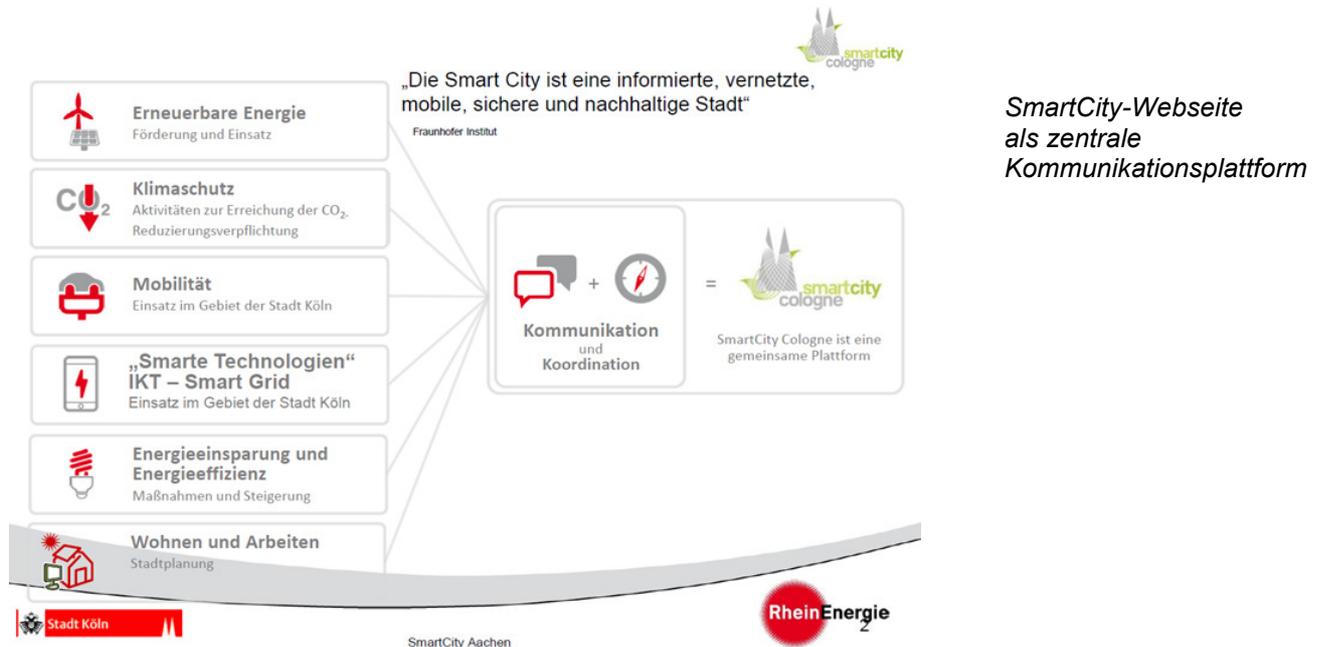


Abbildung 9: SmartCity Cologne als Plattform¹⁰

In 2014 ist im Projekt Smart City Cologne die Anzahl der Projekte von 5 auf 27 weiter angewachsen. Einen Einblick in die Projektvielfalt vermittelt Abbildung 10.

⁹ Vgl. o. V., Darstellung auf der Projektplattform <http://www.smartcity-cologne.de/zukunft-gestalten/>, Aufruf am 26.01.2015.

¹⁰ Quelle: Dr. Barbara Möhlendick, Koordinationsstelle Klimaschutz, Stadt Köln, Vortrag 24.03.2014 Aachen

Köln ist bereits vielfältig aktiv – Projekte der Initiative SmartCity Cologne

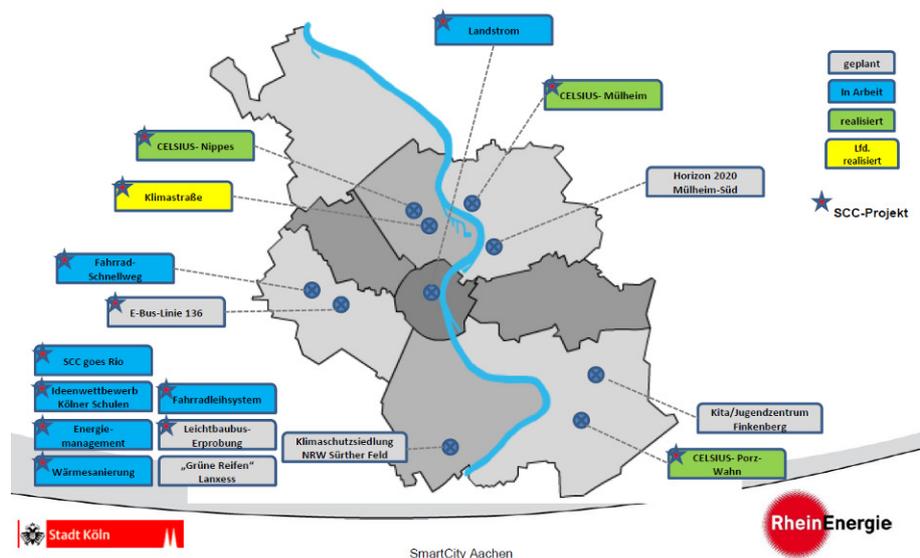


Abbildung 10: Projektauswahl SmartCity Cologne, Stand März 2014¹¹

Der Rat der Stadt Köln hat im April 2014 ein Sofortmaßnahmenkonzept „Integriertes Klimaschutzkonzept“ verabschiedet und veröffentlicht. Das Klimaschutzkonzept umfasst übergreifend die Bereiche Energie, Mobilität und Klimaschutzbildung. Es ergänzt das Kooperations-Projekt "SmartCity Cologne". Vorrangige Maßnahmen des Konzepts sind etwa der Ausbau der Fern- und Nahwärmeversorgung (Kraft-Wärme-Kopplung), ein Wärmetatlas für Köln und die Senkung des Stromverbrauches in den städtischen Gebäuden. Im Verkehrssektor sollen vor allem die Umstellung der Erdgastankstellen im Raum Köln auf biogenes Erdgas und die Ergänzung der Busflotte im Öffentlichen Nahverkehr um Fahrzeuge mit alternativen Antrieben vorgebracht werden.¹²

Die Stadt Köln hat im Jahre 2014 rund 9,4 Mio. Euro für den Klimaschutz und SmartCity Cologne bei der Europäischen Union (EU), dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMU) eingeworben.

Ausblick:

Es ist geplant, das Thema CO₂-Effizienz u. a. auf der Fachkonferenz Energie und Umwelt der Metropolregion Rhein-Neckar am 8. Juli 2015 in Heidelberg zu vertiefen. Zudem wird überlegt, den Austausch auf den 2014 beim Nationalen IT-Gipfel in Hamburg gegründeten, dritten Erprobungsraum Nordwest auszuweiten.

¹¹ Quelle: Dr. Barbara Möhlendick, Koordinationsstelle Klimaschutz, Stadt Köln, Vortrag 24.03.2014 Aachen

¹² Vgl. o. V., Stadt Köln, Ratsvorlage zur Sitzung des Kölner Rats am 08.04.2014, TOP 10.6 „Integriertes Klimaschutzkonzept“, <http://www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/umwelt-tiere/klima/klimaschutzmassnahmenprogramm-koeln-2014>, Abruf am 26.01.2015

Projektvielfalt
SmartCity Cologne

Beteiligung an
Regionalkonferenz
Energie und Umwelt

Wirtschaftliche Effekte:

Ein flächendeckendes Energiemanagement in den Gebietskörperschaften wird benötigt, um den Energieverbrauch zu reduzieren und künftige Kostensteigerung – auch vor dem Hintergrund der Energiewende – zu vermeiden.

6. Kompetenzzentrum Rechtsberatung**Beschreibung:**

Die Rechtsämter der Städte Aachen, Bonn, Düsseldorf, Essen, Köln und Leverkusen führen seit 2012 einen jährlichen Erfahrungsaustausch durch. Neben der gemeinsamen Fortbildung steht die Vernetzung der Fachexperten aus den verschiedenen Städten im Mittelpunkt.

Dieser interkommunale Erfahrungsaustausch der Juristinnen und Juristen mit dem Ziel der gegenseitigen Information, der Möglichkeit zum Austausch und zur Beratung fand im Jahr 2014 zum dritten Mal statt. Ausrichter war diesmal die Stadt Bonn.

Erfahrungsaustausch der Rechtsämter fortgeführt

Ausblick:

Ein Fortführen der Reihe ist auch für das Jahr 2015 geplant.

7. Multikanalfähigkeit der Behördennummer 115**Beschreibung:**

Die öffentliche Verwaltung gibt unter einer einzigen Telefonnummer, der Behördennummer 115, kompetente und qualifizierte Auskünfte zu ihren Leistungen. Der Erprobungsraum Rheinland begleitet die Aktivitäten der Behördennummer 115 und möchte weitere Teilnehmer gewinnen.

In 2014 lag der Arbeitsschwerpunkt auf zwei Themen: der Ausgestaltung weiterer Entwicklungsphasen einer 115-App und der Durchführung des 115-Forums NRW (Zukunftsforum West).

Das Forschungs- und Entwicklungsprojekt "Wissensbasiertes Assistenzsystem für regelgesteuerte Antragsprozesse im E-Government" konnte aufgrund einer inhaltlichen Schwerpunktverschiebung im Projekt nicht mehr im Rahmen der Behördennummer 115 unterstützt werden.

Dazu im Einzelnen:**Multikanalfähigkeit:**

Die Überlegungen zur Multikanalfähigkeit der Behördennummer 115 wurden mit der Vorlage des Abschlussdokuments "Die 115 im Kontext eines einheitlichen Bürgerservices" für die zentrale Arbeitsgruppe (ZAG) im 115-Verbund vorläufig abgeschlossen.

Abschlussdokument zur Multikanalfähigkeit der 115 vorgelegt

Die Ausgestaltung des Multikanalansatzes wird dabei in abgrenzbare Stufen unterteilt. Diese orientieren sich am inhaltlichen sowie zeitlichen Aufwand der jeweiligen Aufgabenkomplexe. Die Stufenfolge beginnt mit einem 115-spezifischen Dialogansatz, der auf die 115-

Servicecenter ausgerichtet ist. Dabei soll die Stärke der 115-Servicecenter im unmittelbaren Kundendialog auch auf weitere Kommunikationskanäle übertragen werden. Servicecenter werden dann unter Einhaltung eines Serviceversprechens auch Anfragen beispielsweise per E-Mail, Webformular, Fax oder Brief bearbeiten. In den weiteren Stufen sollen dann ein onlinebasierter sowie ein transaktionsbasierter Ansatz in die Überlegungen einbezogen werden.

Entwicklung einer 115-App:

Die Überlegungen zur Entwicklung einer 115-App wurden im Jahr 2014 weitestgehend abgeschlossen. Das Grobkonzept konnte weiter ausgestaltet und in eine Feinkonzeption überführt werden. Dieses Feinkonzept wurde sowohl dem 115-Lenkungsausschuss wie auch dem IT-Planungsrat Ende 2014 zur Kenntnis gegeben. Im Rahmen der Feinkonzeption wurde eine Lösung entworfen, die den Nutzerinnen und Nutzern einen bürgernahen, zeit- und ortsunabhängigen Zugang zum 115-Service ermöglicht. Durch die Implementierung der 115-App wird der Zugang zur Verwaltung verbessert, die Wirtschaftlichkeit der Verwaltung gefördert und die Flächendeckung und Nutzung der 115 erhöht.

Bis Ende 2014 wurden die erarbeiteten Konzepte evaluiert, wobei insbesondere die Datenqualität und die Prozesse innerhalb der Servicecenter im Fokus der Evaluierung standen. Die Evaluierung wird daneben auch das Layout sowie die Handhabung der App zum Ziel haben. Die Ergebnisse der Evaluierung werden derzeit aufbereitet und stehen Ende des 1. Quartals 2015 zur Verfügung.

Bereits auf Basis des Grobkonzepts wurde im Rahmen einer Initiative des IT-Planungsrats unter der Federführung des Landes Rheinland-Pfalz und in Zusammenarbeit mit den Ländern Sachsen und Sachsen-Anhalt, der Metropolregion Rhein-Neckar, der Stadt Köln und dem Bund ein Muster einer 115-App programmiert und im Rahmen der CeBIT 2014 erstmals öffentlich vorgestellt. Das Projekt der 115-App nahm am „13. eGovernment-Wettbewerb 2014“ teil.¹³ und wurde bei der Preisverleihung am 03.07.2014 in der Kategorie „Bester Beitrag zur Umsetzung der Nationalen eGovernment-Strategie (NEGS)“ ausgezeichnet.¹⁴

*115-App beim
„13. eGovernment-Wettbewerb“
ausgezeichnet*

¹³ Vgl. Henzgen, Otmar und Wallenstein, Michael, 115-App – Weiterentwicklung der 115, Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur Rheinland-Pfalz

http://egovernmentwettbewerb.de/presentationen/2014/Ministerium_des_Innern_fuer_Sport_und_Infrastruktur_des_Landes_Rheinland-Pfalz.pdf, Abruf am 27.01.2015

¹⁴ Vgl. o. V., Vorstellung der Preisträger, <http://www.egovernment-wettbewerb.de/gewinner/gewinner-2014.html>, Abruf am 27.01.2015.



Abbildung 11: eGovernment-Preis für die 115-App¹⁵

115-Flächendeckung in NRW:

Am 12. November 2014 kamen rund 90 Vertreterinnen und Vertreter von Behörden zum 115 – Forum NRW (Zukunftsforum West) beim Landschaftsverband Rheinland (LVR) zusammen, um über den weiteren Ausbau des telefonischen Bürgerservices in NRW zu diskutieren.

*115 – Forum NRW
(Zukunftsforum West)*

Zentrales Ziel der Veranstaltung war es, Lösungsansätze für den Ausbau der einheitlichen Behördennummer in NRW unter ein gemeinsames Dach zu stellen. Der Beauftragte der Landesregierung für Informationstechnik, Hartmut Beuß, stellte die aktuellen Überlegungen des Landes vor und führte aus, dass das Ministerium für Inneres und Kommunales NRW den Ausbau zu einem flächendeckenden Service in ganz NRW weiter unterstützen wird. Die Eckpunkte eines solchen Vorhabens setzen eine entsprechend breite Mitwirkung durch den Kommunalbereich voraus. Die bisher im Lande vorhandenen zwölf 115-Service-Center sollen zeitlich auf circa ein Jahr begrenzt den 115-Service auch für bisher nicht versorgte Gebiete erbringen. Die dafür entstehenden Kosten wird das Land NRW übernehmen. Auf Basis der Erfahrungen können die Kommunen dann entscheiden, ob sie sich zukünftig auf Dauer dem „Bürgerservice 115“ anschließen wollen oder nicht. Ein flächendeckender Ausbau ist vor allem für die regionalen Kommunalverbände (wie beispielsweise für den Landschaftsverband Rheinland) von hohem Interesse.

*Lösungsansätze für den
Ausbau der einheitlichen
Behördennummer in NRW*

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion wurde darüber hinaus die Frage der Zukunftsfähigkeit der 115 diskutiert. Unter der Moderation des

¹⁵ Quelle: CISCO, <http://www.egovement-wettbewerb.de/gewinner/gewinner-2014-impressionen.html>, Abruf am 27.01.2015

Landkreistages NRW stimmten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer darin überein, dass die Behördennummer 115 auch zukünftig eine wichtige Rolle bei der weiteren Verwaltungsmodernisierung spielen wird und dass die Innovationskraft der Marke 115 zahlreiche Möglichkeiten vor Ort eröffnet, um Effizienz und Bürgerfreundlichkeit der Verwaltung weiter zu steigern. Neben der flächendeckenden Erreichbarkeit stellt somit die Verknüpfung der Zugänge zur Verwaltung die Herausforderung für die nächsten Jahre dar.

Möglichkeiten zur Erzielung von wirtschaftlichen Vorteilen durch Kooperationen

In kommunalen Praxisbeiträgen wurden sowohl Anforderungen als auch Möglichkeiten zur Erzielung von wirtschaftlichen Vorteilen durch Kooperationen mit der Behördennummer 115 vertiefend dargestellt.



Abbildung 12: Podiumsdiskussion Zukunftsforum West 12.11.2014¹⁶

Ausblick:

Die Evaluierung der 115-App wird im Februar 2015 fertiggestellt und bildet dann die Basis für weitere Projektschritte wie beispielsweise die Einbindung der 115-App in bereits bestehende Angebote der Verwaltung. Gleichzeitig kann über die Erprobungsräume zu einer Verbreitung und Akzeptanz der neuen Lösung beigetragen werden.

Evaluierung der Potentiale für Blaupausen

Um Vorschläge zur Realisierung einer flächendeckenden Erreichbarkeit des Bürgerservices 115 in NRW zu erarbeiten, beabsichtigt das Ministerium für Inneres und Kommunales NRW in 2015 eine Arbeitsgruppe einzuberufen. Diese Arbeitsgruppe steht ausdrücklich auch für solche Teilnehmer aus Kommunen offen, die bisher noch nicht am 115-Service teilnehmen.

Wirtschaftliche Effekte:

Die Multikanalfähigkeit der Behördennummer 115 wird zu einer weiteren Entlastung der Fachverwaltung von Routineanfragen und -arbeiten beitragen können. Dabei kommt dem Aufbau von Bundes- und Landesredaktion eine besondere Bedeutung zu, da durch diese der redaktionelle Aufwand in der Beschreibung von Informationen zu Verwaltungsverfahren bei höherer Qualität gesenkt werden kann.

¹⁶ Podiumsdiskussion (v.l.n.r.: Herr vom Scheidt (LVR), Herr Beuß (CIO NRW), Herr Dr. Thiel (BMI), Herr Dr. Kuhn (LKT NRW), Herr Palm (RBK), Frau Slapio (IHK Köln), Herr Kahlen (Stadt Köln))

Die im Rahmen der Evaluierung der 115-App ermittelten Potentiale sollen daraufhin überprüft werden, inwiefern sie für eine weitere Nutzung und Umsetzung im Erprobungsraum Rheinland auf interessierte Kommunen übertragen bzw. weiter vertieft und konkretisiert werden können.

8. Ausländerwesen

Beschreibung:

Derzeit gibt es bundesweit verschiedene Lösungen für die Führung von Ausländerakten. Neben der herkömmlichen Ablage und Aktenführung in Papierform sowie den Fachverfahren gibt es auch elektronische Lösungen im Sinne einer elektronischen Akte in den Ausländerämtern. Dabei bestehen noch diverse Medienbrüche, z. B. in der Datenbereitstellung bei interkommunalen Amtshilfeersuchen: teilweise werden Daten digital bereitgestellt, teilweise in Papierform per Boten übermittelt. Ein einheitlicher Standard zum Aktenaustausch existiert zur Zeit nicht.

Die elektronische Aktenführung wird in einem Pilotprojekt zur elektronischen Ausländerakte Köln umgesetzt. Ziel ist es dabei unter anderem, die Arbeit in der Ausländerbehörde sowohl für die Beschäftigten als auch für die Kunden zu optimieren. Zusätzlich soll damit die Grundlage geschaffen werden, um zukünftig den elektronischen Aktenaustausch mit anderen Behörden zu ermöglichen und darauf aufbauend einen gemeinsamen Standard zu entwickeln.

Ausblick:

In 2015 wird der Schwerpunkt des Pilotprojektes auf der Entwicklung eines Prototypen der elektronischen Ausländerakte, inklusive der Integration in das Fachverfahren liegen.

Das Pilotprojekt soll als ein gemeinsames Vorhaben der Kölner und evtl. weiterer Partner im Dachverband kommunaler IT-Dienstleister (KDN) in den Erprobungsraum Rheinland eingebracht werden (im Sinne einer Blaupause).

Wirtschaftliche Effekte:

Mit einer weitgehend medienbruchfreien elektronischen Aktenlösung wird eine sofortige Auskunftsmöglichkeit erreicht sowie der Wegfall kostenintensiver Aktenlagerungen und Druckaufwendungen sowie Recherchezeiten ermöglicht. Die Beschäftigten werden von nicht wertschöpfenden Tätigkeiten entlastet. Der elektronische Aktenaustausch sorgt für einen erheblichen Zeitgewinn und steigert somit die Effizienz aller am Prozess Beteiligten. Der Wirtschaftsstandort wird durch eine Willkommenskultur in den Ausländerbehörden gestärkt.

B. Schwerpunktthema Offene Bildungsinfrastrukturen

2014 wurden die Aktivitäten im Kooperationsfeld „Offene Bildungsinfrastrukturen“ fortgeführt, ein weiteres BarCamp zum Thema Open Educational Resources veranstaltet und Schwerpunkte im Bereich Schulübergangsmanagement, Bandbreiten und Bildungscloud gesetzt.

9. Freie Bildungsmaterialien

Beschreibung:

Aufgrund der überaus positiven Resonanz der Vorjahresveranstaltung fand am 25. Oktober 2014 zum zweiten Mal ein BarCamp, das OER Köln Camp, zum Thema Open Educational Resources (OER) am Joseph-DuMont-Berufskolleg (JDBK) statt. Auf Initiative der Stadt Köln nahmen erneut über 100 Interessierte aus der ganzen Bundesrepublik an der kostenlosen eintägigen Fachveranstaltung teil, um gemeinsam über das Thema der freien Lern- und Lehrmaterialien in insgesamt 23 Workshops zu diskutieren, sich zu informieren und die Entwicklung von OER weiter voranzubringen. Eröffnet wurde die Veranstaltung durch Stadtdirektor Guido Kahlen, Dr. Agnes Klein, Dezernentin für Bildung, Jugend und Sport und Claudia Hardenacke, stellvertretende Schulleiterin des JDBK.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen schwerpunktmäßig aus der nordrheinwestfälischen Lehrerschaft sowie aus dem Hochschulbereich. Es waren zudem abermals viele Vertreterinnen und Vertreter von Verbänden, Organisationen und der Wirtschaft anwesend, deren Aufgaben, Zuständigkeiten beziehungsweise Interessen im Bildungssektor liegen.

Einen der Schwerpunkte in diesem Jahr bildeten die rechtlichen Aspekte von OER mit den Themenfeldern Urheberrecht und Creative Commons.¹⁷

Ausblick:

Aufgrund der eindrucksvollen Resonanz der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und angesichts der stetigen Nachfrage beim Thema OER ist für 2015 eine Fortführung zu diesem Themengebiet geplant. Ergänzend werden geeignete Informations- und Fortbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte zu Entwicklung und Aufbau von Medienkompetenz weiter konzipiert und fortgeführt.

Die OER-Veranstaltungs-Plattform ist im Internet unter nachstehendem Link erreichbar: <http://oerkoeln.mixxt.de/>

¹⁷ Vgl. Spielkamp, Matthias, iRights.info, „OER Köln - OER und Urheberrecht - Was ist zu beachten?“ Session auf dem OER Köln Camp vom 25.10.2014, <https://www.youtube.com/watch?v=EAKaY-oyecw&feature=youtu.be>, Abruf am 29.01.2014.

10. Bandbreitenübersicht

Beschreibung:

Für viele informationstechnisch gestützte Projekte an den Schulen spielt die Internetanbindung eine wesentliche Rolle. Aus diesem Grund wurde bereits 2013 damit begonnen, eine Bandbreitenübersicht für Schulen zu erstellen.

Die Übersicht wurde für den Erprobungsraum Rheinland erstellt und soll über den aktuellen Stand der Internetanbindung aller Schulen in Köln und im Rheinland informieren. Aktuell sind in ihr Informationen zu den Internetanbindungen der Schulen im Rhein-Kreis-Neuss, der Stadt Düsseldorf, der Stadt Köln und der Stadt Leverkusen enthalten.

Die Übersicht zeigt das bislang Erreichte und den Handlungsbedarf hinsichtlich der IT-Infrastruktur. Dabei wird nach Leitungsart und Megabyte-Kapazität für das Verwaltungs- und das Pädagogiknetz unterschieden. Die derzeitige Karte wurde beispielsweise in Köln im Juni 2014 in den Internetauftritt der Stadt eingebunden.

*Bandbreitenübersicht
seit Juni 2014 verfügbar*

Ausblick:

Ziel ist es, eine Übersichtskarte der zur Verfügung stehenden Internetbandbreite für die Bildungslandschaft aller Gebietskörperschaften im Rheinland zu erstellen. Daher sind alle Mitglieder des Erprobungsraums Rheinland herzlich eingeladen, sich an diesem Projekt zu beteiligen.

Die Bandbreitenübersicht ist beispielsweise unter nachstehendem Link im Internet erreichbar: <http://www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/bildung-und-schule/bandbreitenuebersicht-fuer-schulen>:



11. uCloud

Beschreibung

Seit Herbst 2014 wird der im Erprobungsraum Rheinland verfügbare zentrale, webbasierte Speicherdienst uCloud den Kölner Schulen als Leistungsangebot zur Verfügung gestellt. uCloud ist ein permanenter, persönlicher Online-Datenspeicher, auf den unabhängig von Endgeräten am Arbeitsplatz, von zu Hause und unterwegs über das Internet zugegriffen werden kann.

uCloud

Diese von der regio iT in Aachen betriebene und auf OwnCloud basierende Software ist nicht nur auf Funktionen einer Dateiablage beschränkt, sondern bietet auch die Möglichkeit, E-Mail-Konten oder Kalender einzubinden und zu verwalten. Zusätzlich kann uCloud mit anderen Systemen verbunden werden, um die Benutzerverwaltung zu vereinfachen.

Aus der Bildungslandschaft Köln nutzen schon 27 Schulen das Angebot uCloud. Weitere Schulen haben ihr Interesse bereits signalisiert.

Ausblick

Die Schulen erhalten mit der Lösung uCloud eine bedarfsgerechte Versorgung mit einem zentralen webbasierten Speicherdienst.

Wirtschaftliche Effekte

Durch eine zentrale Lösung entfallen Aufwand und Kosten für die Bereitstellung und Pflege lokaler Lösungen an den Schulen.

12. Schulübergangsmangement

Beschreibung

Das Schulübergangsmangement „Schüler Online“ unterstützt die Schulen von der Sprachstanderhebung über die Einschulung bis zum Übergang in die Sekundarstufe II. Die Lösung wurde vom Kommunalen Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe (krz) entwickelt und über den Dachverband der Kommunalen IT-Dienstleister in Nordrhein-Westfalen (KDN) zur Verfügung gestellt. Das Schulübergangsmangement wird bereits bei mehreren Mitgliedern des Erprobungsraums Rheinlands eingesetzt. Neu hingekommen ist seit dem 01.12.2014 die Stadt Köln.¹⁸ Abbildung 13 zeigt die Unterzeichnung der Zusammenarbeit von krz, KDN und Stadt Köln.¹⁹

Schüler Online weiter im Erprobungsraum Rheinland verbreitet

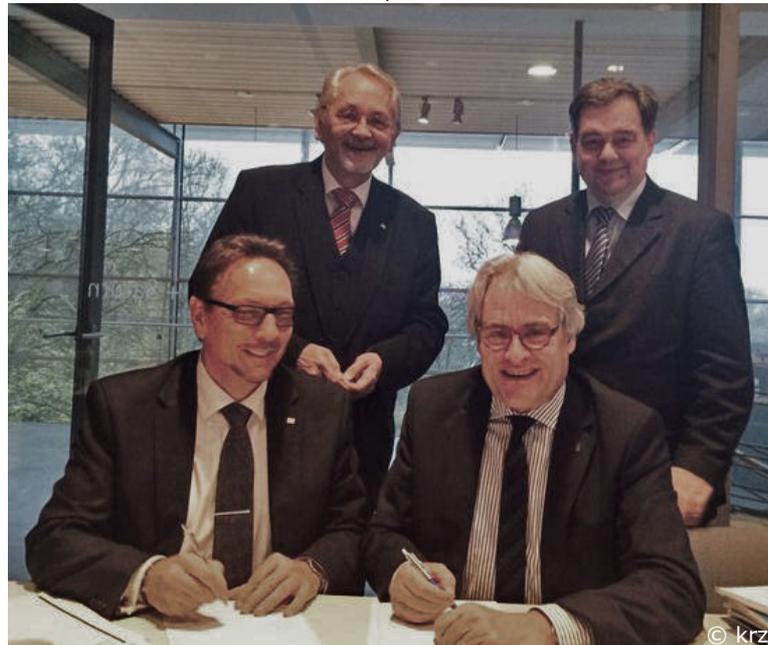


Abbildung 13: Unterzeichnung der Zusammenarbeit von krz, KDN und Stadt Köln²⁰

¹⁸ Vgl. o. V., KGSt-Journal kgst-aktuell, 60. Jahrgang, Nr 1/2015, Januar 2015, S. 15, <https://www.kgst.de/dotAsset/1163861.pdf>, Abruf am 29.01.2015

¹⁹ Vgl. o. V., Pressemitteilung krz vom 13.01.2015, <http://www.krz.de/index.php?&ModID=255&FID=661.2905.1&object=tx%7C396.1026.1>, Abruf am 29.01.2015

²⁰ Vertragsunterzeichnung (vorne von v.l.n.r.: krz Geschäftsführer Reinhold Harnisch, Stadtdirektor Kahlen, hinten v.l.n.r.: stellv. krz-Geschäftsführer Wolfgang Scherer und Prof. Dr. Andreas Engel (KDN-Geschäftsführer))

Für das Schuljahr 2015/2016 führt das Kölner Amt für Schulentwicklung die Webanwendung „Schüler Online“ für alle Schulen der Sekundarstufen I und II ein. Sie ist ein Online-Bewerbungsportal für die Bildungsangebote an Berufskollegs, Gymnasien und Gesamtschulen im Anschluss an die Sekundarstufe I. Schülerinnen und Schüler können sich für das Schuljahr 2015/2016 erstmals über das Internet bewerben. „Schüler Online“ liefert dazu einen aktuellen Überblick über das Bildungsangebot der Schulen.

Die Webanwendung bietet nachstehende wichtige Vorteile:

- Einheitliches Bewerbungsverfahren: Das Verfahren für eine Bewerbung an einer weiterführenden Schule wird vereinheitlicht. Die unterschiedlichen Onlineportale der Schulen mit jeweils eigenen Datenbanken sind nicht mehr notwendig. Jede aufnehmende Schule bedient sich derselben Technik. Schülerdaten werden über das System ausgetauscht und stehen der aufnehmenden Schule (Sekundarstufe II) zur Verfügung. Hierdurch werden administrative Tätigkeiten in den Verwaltungsebenen der Schulen deutlich vereinfacht.
- Schnellere und verlässliche Information über freie Plätze im Bildungsangebot: Die Schulen der Sekundarstufe II stellen ihr Angebot in „Schüler Online“ ein. Interessierte Schülerinnen und Schüler haben einen umfassenden Überblick über die jeweilige Schullandschaft und die für sie bestehenden Angebote. Sie können sich nur auf die von den Schulen aktiv gesetzten Angebote bewerben.
- Bessere Planungsgrundlage für Schulen: Schülerinnen und Schüler im Übergang von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II können mit ihrer persönlichen Kennung künftig jeweils nur noch eine Bewerbung abgeben:
 - für einen Bildungsgang am Berufskolleg (ohne berufliches Gymnasium),
 - für die gymnasiale Oberstufe (Gesamtschulen, Gymnasien, berufliches Gymnasium am Berufskolleg),
 - für die Duale Ausbildung (Anmeldung zur Berufsschule mit Ausbildungsvertrag).

Die bisher in großem Umfang üblichen Mehrfachbewerbungen an Schulen werden vermieden. Die Schulen können mit Eingang der Online-Bewerbung sicher davon ausgehen, dass der/die Schüler/in sich die Bewerbung reiflich überlegt hat und im Falle einer Zusage den Schulplatz auch in Anspruch nimmt. Die Planungssicherheit für die Kölner Schulen nimmt deutlich zu.

- Überwachung der Berufsschulpflicht: Die Überwachung der Berufsschulpflicht ist Aufgabe der allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I. Ihnen obliegt es somit, für ihre Abgangsklassen den Verbleib der einzelnen Schülerinnen und Schüler schüler-scharf zu dokumentieren und ggf. die notwendigen Maßnahmen einzuleiten. Der Austausch der dafür notwendigen Daten ist durch „Schüler Online“ tagesaktuell gewährleistet. Die abgebenden Schulen sind nicht mehr auf die schriftlichen Rückmeldung der aufnehmenden Schulen oder den Hinweisen von Schülern oder Eltern angewiesen.

*Zahlreiche Vorteile der
Onlinelösung für das
Schülerübergangsmanagement*

- Stand der Bewerbung für Schülerinnen und Schüler jederzeit online abrufbar: Schülerinnen und Schüler können sich durch das Webportal rund um die Uhr über den Stand des Bewerbungsverfahrens informieren. Die aus rechtlichen Gründen noch weiterhin erforderlichen Bescheide können von den Schulen mittels „Schüler Online“ erstellt werden.
- Gesamtüberblick über das Bildungsangebot der jeweiligen Berufskollegs, Gesamtschulen und Gymnasien im Netz: „Schüler Online“ bietet den im Übergangssystem beschäftigten Personenkreis einen Überblick über die Angebote der Schulen im Einsatzbereich der Anwendung. Das jeweilig verfügbare schulspezifische Angebot kann von den Schulen tagesaktuell eingestellt werden.
- Statistische Auswertung durch den Schulträger: Der Schulträger kann jederzeit auf aktuelle als auch historische Statistikdaten zugreifen und entsprechende statistische Auswertungen editieren. Bei der Auswertung handelt es sich um eine Statistik aus Sicht der abgebenden Sekundarstufe I-Schulen einer Region. Es wird für 100% der von der Schule abgehenden Schülerinnen und Schüler eine Aussage über die schulische Zukunft getroffen. Zudem enthält die Auswertung Daten zu Schulabschlüssen, Alter, Geschlecht, Zuwanderungsgeschichte und Konfession der Schüler/Innen. Bei den auszuwertenden Daten handelt es sich um Schülerinnen und Schüler, die von der abgebenden Schule in die Anwendung „Schüler Online“ eingestellt wurden - also aus den Abgangsklassen der Sekundarstufe I-Schulen. Die Angaben zur „schulischen Zukunft“ der Schülerinnen und Schüler werden aus ihrem Anmeldestatus an den aufnehmenden Schulen sowie aus den Angaben generiert, die die abgebenden Schulen zur Berufsschulpflichtüberwachung tätigen. Darüber hinaus kann auch die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die aus dem Umland in eine Gemeinde einpendeln, durch das System ermittelt werden. Dies bedeutet beispielweise für die Stadt Köln, dass künftig genaue Aussagen über Schülerströme aus Köln und dem Umland getroffen werden können.
- Schulentwicklungsplanung: Die durch „Schüler Online“ gewonnenen zusätzlichen Erkenntnisse werden beispielsweise in Köln in die städtische Schulentwicklungsplanung mit einfließen. Hinsichtlich der Entwicklung der Schülerzahlen und Schülerströme lassen sich somit künftig auch kurzfristig Aussagen treffen. Schnelle Reaktionen von Schulträgern und Schulen durch die Auswertung der Bewerbungen sind dann möglich. Die gewonnenen Daten können aber auch zur mittel- oder langfristigen Beurteilung der Schülerzahlen, notwendiger räumlicher oder personeller Kapazitäten, etc. beitragen. Die Anwendung „Schüler Online“ bietet eine Momentaufnahme der aktuellen Angebots- und Nachfragesituation. Hieraus lassen sich wiederum Prognosen entwickeln, aus denen sich die notwendigen Maßnahmen z. B. in der Schulbauplanung ergeben.
- Monitoring: Die Kommunale Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Landesinitiative „Kein Abschluss ohne Anschluss - Übergang Schule-Beruf in NRW“ (KAoA) des Kölner Amtes für Schulentwicklung hat die Aufgabe, ein nachhaltiges und systematisches Übergangssystem in der Stadt Köln anzustoßen. Die notwendigen Abstimmungsprozesse hierfür sind zu organisieren und mit allen

*Einsatz für das Monitoring
Im Rahmen der Landesinitiative
„Kein Abschluss ohne Anschluss -
Übergang Schule-Beruf in NRW“*

beteiligten Akteuren im Übergang Schule Beruf in Köln zu steuern und zu moderieren. Ein wichtiger Aspekt bei der Umsetzung von KAoA ist das Monitoring. Dies umfasst die

- Entwicklung eines Auswertungssystem der vom Land Nordrhein-Westfalen vorgelegten „Anschlussvereinbarung“
- Entwicklung eines Systems des Abgleichs von Nachfrage an Bildungsgängen in der Sek II und dem Angebot von Bildungsgängen/Maßnahmen in der Sek II mit Berufskollegs, Agentur für Arbeit, Bildungseinrichtungen
- verwaltungsinterne Abstimmung insbesondere mit der integrierten städtischen Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung und dem Kölner Amt für Stadtentwicklung und Statistik
- regelmäßige Veröffentlichung der Ergebnisse in Fachausschüssen des Rates, Fachgremien inner- und außerstädtisch, Veröffentlichungen zur Landesinitiative

Die Anwendung „Schüler Online“ zeigt sich als sehr geeignet zur gestalterischen Umsetzung des unverzichtbaren Monitorings. Dies gilt insbesondere für die Entwicklung eines Abgleichs von Angebot und Nachfrage von Bildungsgängen und Maßnahmen. Auswertungen sind nunmehr zu einem sehr frühen Zeitpunkt verfügbar und ermöglichen künftig eine zielgruppenspezifische Anpassung der Angebote und Maßnahmen.

Ausblick

Ein Austausch über die Erfahrungen im Erprobungsraum Rheinland wird kontinuierlich fortgeführt.

C. Schwerpunktthema Open Data

Im Erprobungsraum Rheinland wurden 2014 unterschiedliche Veranstaltungen zum Thema „Offene Verwaltungsdaten/politische Teilhabe“ durchgeführt und neue Initiativen im Bereich Open Data gestartet.

Dazu im Einzelnen:

13. Open Data Austausch und Workshops

Beschreibung:

Wie bereits in den Vorjahren wurden auch 2014 in mehreren Workshops Informationen zum Thema Open Data an Interessierte weitergegeben, aktuelle Neuigkeiten ausgetauscht und gemeinsame Strategien besprochen. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat zudem im Frühjahr 2014 die Open.NRW-Strategie beschlossen, die jetzt Schritt für Schritt in die Praxis umgesetzt werden soll.

Der gemeinsame Austausch fand nicht nur auf den halbjährlichen Treffen des Erprobungsraums statt, sondern erstreckte sich auf eine Vielzahl von unterschiedlichen Veranstaltungen, die von Mitgliedern des Erprobungsraums bestritten wurden. So fanden u.a. in Köln die jährliche Internetwoche und der cologne IT summit_ 2014 der Industrie- und Handelskammer zu Köln statt.

Open.NRW-Strategie

cologne IT summit_ 2014



Abbildung 14: cologne IT summit_ 2014²¹

Die Stadt Aachen veranstaltete anlässlich der Veröffentlichung ihrer Open Data-Plattform einen gut besuchten OpenData Day und die Stadt Bonn brachte Anfang 2014 ihre Leitlinienentwicklung zu Open Government Data und die vorgelegte Beschlussvorlage für die politischen Beratungen in eine endgültige Abstimmung. Am 08. November 2014 fand nun zum vierten Mal die Tagung Offene Kommunen.NRW statt. Die Tagung Offene Kommunen.NRW wird vom Kompetenznetz

Open Data Day in Aachen

*Leitlinienentwicklung
zu Open Government Data
in Bonn*

²¹ Dirk Blauhut, Stadt Köln

Bürgerhaushalt organisiert. Aus dem bürgerschaftlichen Engagement für die Weiterentwicklung des Bürgerhaushaltmodells entstand im Laufe der Jahre ein breiteres Interesse für Open Government in Kommunen und am Austausch mit Aktiven in anderen Städten und Gemeinden. An der Tagung, die in Wuppertal stattgefunden hat, beteiligten sich auch Vertreterinnen und Vertreter der Städte Bonn, Köln und Moers sowie des Landes NRW.

*Offene Kommunen.NRW
in Wuppertal*

Die am Open Data-Prozess beteiligten Mitglieder des Erprobungsraums Rheinland nutzten diese und weitere Gelegenheiten zum Austausch und etablierten hier eine sehr fruchtbare Ideenfindungsphase.

Erstmalig konnten so neben der rundum erneuerten Kölner Plattform für Open Data (inklusive dem Aufbau des Bonner Satelliten) auch die Lösungen aus Aachen und der für 2015 geplante technologische Ansatz des Kommunalen Rechenzentrums Niederrhein (KRZN) präsentiert werden. Mit der Vorstellung der Kölner Lösung, Daten automatisiert an das Deutschland-Portal weiterzugeben, wurde zudem die Zusammenarbeit mit weiteren bundesweit agierenden Partnern intensiviert und eine Blaupause für eine grundsätzliche Vernetzung der unterschiedlichen Portale geliefert.

Die Städte und Institutionen aus Aachen, Bielefeld, Bonn, Kamp-Lintfort und Köln stellten in einem weiteren Termin anhand von Vorträgen den aktuellen Stand zu den technischen, organisatorischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Anforderungen und Umsetzungen dar. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten die unterschiedlichen Ansätze und Schwerpunkte in den Kommunen, die Anforderungen und Akzeptanz innerhalb der Verwaltung und die externen Schwerpunkte in der Zusammenarbeit mit den Open Data-Anwendern.

*gemeinsamer Arbeitskreis
mit dem KDN initiiert*

Am 08.07.2014 fand die erste gemeinsame Veranstaltung mit dem Dachverband der kommunalen IT-Dienstleister (KDN) zu dem Themengebiet Open Data statt. Im Rahmen dieses Termins, zugleich Gründungstermin des KDN-Arbeitskreises Open Data, wurde für den 24.09.2014 eine Folgeveranstaltung angesetzt. Hier stellten die KDN-Mitglieder unter einer einheitlichen Struktur (zu den organisatorischen, technischen und rechtlichen Rahmenbedingungen) ihre Lösungsansätze vor. Ein besonderes Augenmerk der Veranstaltung, die unter der Federführung von Köln und Bonn stattfand, lag auf dem Dialog mit dem Land Nordrhein-Westfalen, welches ebenfalls zu dieser Veranstaltung eingeladen war.

Ausblick

Die genannten Themen zeigten vielfältige Schnittstellen zu den weiteren Kooperationsfeldern im Erprobungsraum Rheinland auf. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit der bereits praktizierten Vernetzung aller Akteure.

14. OGD-Cockpit (Initiative Köln – Bonn – Linz)

Beschreibung:

Die Städte Köln, Bonn und Linz haben eine Kooperation im Bereich Open Government Data (OGD) vereinbart. Sie erarbeiten gemeinsam

mit dem Zentrum für Verwaltungsforschung in Wien (KDZ) eine Machbarkeitsstudie, die die Möglichkeit eines semantischen Wikis zur Erfassung, Darstellung und Bewertung eines Datenkataloges auf Open-Source-Basis demonstriert (OGD-Cockpit).

Nach dem Relaunch der Kölner Plattform haben sich die beteiligten Partner darauf geeinigt, die Idee der Metadatensammlung weiter zu vertiefen. Dazu wird Köln in Anlehnung an die Ergebnisse der Bonner-Plattform die erarbeiteten Workflow-Darstellungen auf die in das Datenportal „DKAN“ integrierte Drupal-Umgebung portieren. Nach Abschluss dieser Arbeiten werden beide Ansätze evaluiert.

Ausblick

Die innovative Lösung soll künftig als Blaupause genutzt werden können. Auf die Projektwebsite sei verwiesen: www.ogdcockpit.eu

15. Open Budget

Beschreibung:

Das Thema Open Budget Index wurde im Herbst 2012 im Rahmen eines Expertenworkshops mit regionaler Beteiligung diskutiert und als grundsätzlich interessant bewertet. Der Open Budget Index hat zum Ziel, eine bessere Vergleichbarkeit nationaler Haushalte zu erreichen, mehr Transparenz zu erwirken und darüber auf Fehlentwicklungen aufmerksam zu machen und Optimierungspotentiale zu erkennen.

Ausblick

Aufgrund der Komplexität wird dieses Thema allerdings vorerst im Erprobungsraum Rheinland nicht weiter verfolgt.

16. OParl.

Beschreibung

Im Erfahrungsbericht 2013 zum Erprobungsraum Rheinland wurde als ein Arbeitsschwerpunkt „OParl.“ identifiziert. „OParl.“ steht für eine Initiative, die eine Standardisierung des offenen Zugriffs auf die parlamentarischen Informationssysteme in Kommunen, die Ratsinformationssysteme (RIS), anstrebt.²² Die Daten dieser Systeme werden als Basis für die politische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger sowie die Transparenz kommunaler Politik betrachtet.²³ Vor diesem Hintergrund wird eine Standardisierung der Schnittstellen für den Datenzugriff angestrebt.

In 2014 wurde vorrangig an der geplanten Spezifikation gearbeitet, die an die Betreiber und weitere Interessierte weitergegeben werden soll.

Ausblick

Die Spezifikation wird voraussichtlich im März 2015 an die Betreiber ausgeliefert.

²² Vgl. o. V., OParl. Initiative für Offenheit parlamentarischer Informationssysteme, <http://oparl.org/ueber-oparl/>, Abruf am 23.02.2015

²³ Vgl. ebenda.

*Metadatensammlung
im Datenportal*

*Open Budget
vorerst zurückgestellt*

*Offene Parlamentarische
Informationssysteme*

IV. Zusammenarbeit mit weiteren Erprobungsräumen

17. Metropolregion Rhein-Neckar (MRN)

Ausgehend von der Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen der Metropolregion Rhein-Neckar und dem Erprobungsraum Rheinland vom 28.06.2013 besteht ein regelmäßiger Fachaustausch zwischen diesen beiden Erprobungsräumen.

Fortführung des Austauschs mit der Metropolregion Rhein-Neckar

Insbesondere zu den Schwerpunktthemen „Energiemanagement“ und „Schwerlasttransporte“ fand ein intensiver Austausch auf Arbeitsebene statt.

Themenübergreifend haben sich Vertreterinnen und Vertreter des Erprobungsraums Rheinland an der jährlichen Regionalkonferenz der Metropolregion Rhein-Neckar, die diesmal am 10.11.2014 in Mannheim stattfand, beteiligt.



Abbildung 15: Get-Together auf der Regionalkonferenz

Der Vormittag war für den Fachaustausch zwischen den Erprobungsräumen vorgesehen. In zwei Fachforen zu den Themen „Digitale Infrastruktur“ und „Open Data“ tauschten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer intensiv über die aktuellen Initiativen und Projekte aus. Im Forum „Digitale Infrastruktur“ diskutierten die Anwesenden insbesondere den Status der Breitbandversorgung und deren Erfassung. Das Fachforum „Open Data“ wurde als Workshop gestaltet, in dem die Beteiligten den Stand der derzeitigen Projekte und Initiativen zur Bereitstellung und Nutzung offener Verwaltungsdaten sowie die geplanten Weiterentwicklungen betrachteten.

*Gemeinsame Fachforen
Digitale Infrastruktur und
Open Data*



Abbildung 16: Fachforum Digitale Infrastruktur

Im Rahmen der Veranstaltung wurde vereinbart, einen Beitrag aus dem Erprobungsraum Rheinland zur Regionalkonferenz Energie und Umwelt, die am 08.07.2015 in Heidelberg stattfinden wird, vorzusehen.

18. Zusammenarbeit mit "Erprobungsraum Nordwest"

Anlässlich des 8. Nationalen IT-Gipfels 2014 in Hamburg haben Vertreterinnen und Vertreter der Virtuellen Region Nordwest ("ViR-Nordwest")²⁴, einem interkommunalen Zusammenschluss von Kommunen aus Niedersachsen und Bremen, den „Erprobungsraum Nordwest“ als dritten Erprobungsraum gegründet.

Der Erprobungsraum Nordwest hat sich zum Ziel gesetzt, durch interkommunale E-Government-Anwendungen die Attraktivität des Standortes mit den thematischen Schwerpunktfeldern Logistik, maritime Wirtschaft, Automobilindustrie, Luft- und Raumfahrt, erneuerbare Energien und Ernährung weiter zu fördern.²⁵

Ein enger Austausch mit dem Erprobungsraum Rheinland und der Metropolregion Rhein-Neckar wurde bereits auf der Gründungsveranstaltung am 21.10.2014 in Hamburg im Rahmen eines Letters of Intent vereinbart. Als Schwerpunkte der Zusammenarbeit wurden benannt: die "Verbesserung der Zugänge zu den Verwaltungsleistungen" für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen sowie die „Beschleunigung der Prozesse“ innerhalb der Verwaltung und zwischen Verwaltung, Bürgern und Unternehmen.²⁶ Abbildung 17 zeigt die Unterzeichner des Letters of Intent.

²⁴ Vgl. o. V., <http://www.vir-nordwest.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen02.c.730.de>

²⁵ Vgl. o. V., Pressemitteilung der Senatorin für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen vom 22.10.2014, <http://www.senatspressestelle.bremen.de/sixcms/detail.php?id=110168&asl=bremen146.c.25714.de>, Abruf am 29.10.2015.

²⁶ Vgl. ebenda.



Abbildung 17: Unterzeichnende Letter of Intent der Erprobungsräume²⁷

Für 2015 wurde vereinbart, mögliche Handlungsschwerpunkte für den neu gegründeten Erprobungsraum im Rahmen eines eintägigen Kongresses zu den Themen Elektronische Vergabeverfahren, Langzeitarchivierung, Service Center/115, Elektronische Rechnung, neuer Personalausweis und IT-Sicherheit zu vereinbaren und die bereits bestehenden Erprobungsräume entsprechend einzubeziehen.²⁸

V. Zusammenarbeit mit der Industrie- und Handelskammer zu Köln

Anlässlich der Zusammenkunft zum Erprobungsraum Rheinland am Vorabend des 8. Nationalen IT-Gipfels in Hamburg unterzeichnete der Sprecher des Erprobungsraums Rheinland, Herr Stadtdirektor Guido Kahlen, mit der Geschäftsführerin Innovation und Umwelt sowie Electronic Government bei der Industrie- und Handelskammer (IHK) zu Köln, Frau Elisabeth Slapio, einen Letter of Intent²⁹ zur Ko-

²⁷ (v.l.n.r.): Karl-Heinz Streibich, Vorstandsvorsitzender der Software AG und Co-Vorsitzender AG3; Hans-Henning Lühr, Staatsrat im Finanzressort, Freie Hansestadt Bremen, Erprobungsraum Nord-West; Cornelia Rogall-Grothe, Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern und Co-Vorsitzende der AG3; Heike Raab, Staatssekretärin im Ministerium des Innern Rheinland-Pfalz, Erprobungsraum Rhein-Neckar; Guido Kahlen, Stadtdirektor Stadt Köln, Erprobungsraum Rheinland

²⁸ Vgl. o. V., Pressemitteilung der Senatorin für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen vom 28.01.2015, <http://www.senatspressestelle.bremen.de/sixcms/detail.php?id=126280>, Abruf am 29.01.2015

²⁹ Vgl. o. V., http://www.ihk-koeln.de/upload/Leter_of_Intent_37275.pdf, Abruf am 29.01.2015

operation im Erprobungsraum Rheinland für innovative, vernetzte Verwaltung.

Letter of Intent mit der Industrie- und Handelskammer zu Köln



Abbildung 18: Unterzeichnung Letter of Intent IHK zu Köln³⁰

Die Kooperation mit dem Erprobungsraums Rheinland hat zum Ziel, den Bedarf der Wirtschaft an digitalen Schnittstellen zur öffentlichen Hand zu definieren und im Dialog mit den Unternehmen praxisnah auszugestalten. Die Zusammenarbeit soll zugleich die Digitalisierung auf Landesebene unterstützen. Mögliche Themen der Zusammenarbeit werden insbesondere in den Bereichen Energiemanagement, Verkehrsinfrastruktur und regionale Wirtschaft gesehen.³¹

VI. Ausblick

Die bisherigen Aktivitäten im Erprobungsraum Rheinland werden ebenso wie der Austausch mit der Metropolregion Rhein-Neckar und dem Erprobungsraum Nordwest auch in 2015 fortgeführt.

Dazu seien beispielhaft nachstehende Themen genannt:

- Für die Erweiterte Zuständigkeit in der Kfz-Zulassung wird im ersten Quartal 2015 eine Blaupause vorgelegt.
- Im Bereich der Schwerlasttransporte hat das Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (MBWSV) eine Erweiterung des zunächst für Köln entwickelten Vorrangnetzes auf weitere Mitglieder des Erprobungsraums beauftragt, mit dem Ziel, ein landesweites Vorrangnetz bzw. landesweite Vorrangstrecken für den Schwerlast-

Themenschwerpunkte 2015

³⁰ Quelle: eigene Darstellung Stadt Köln

³¹ Vgl. o. V., Pressemitteilung IHK zu Köln und Stadt Köln, http://www.ihk-koeln.de/PM_Letter_of_Intent.AxCMS, Abruf am 29.01.2015

verkehr als Rahmen für weitere Planungen auf kommunaler Ebene zu definieren.

- Zum Thema Open Data sind mindestens zwei größere Veranstaltungen geplant; zudem erfolgte am 21.02.2015 eine Beteiligung am internationalen Open Data Day.³²
- Im Schwerpunktthema Offene Bildungsinfrastrukturen ist eine Veranstaltung zum Thema „digital Education“ vorgesehen; ferner wird die Bandbreitenübersicht in 2015 erweitert.
- Vertreter des Erprobungsraums Rheinland werden als Referenten an der Regionalkonferenz Energie und Umwelt der Metropolregion Rhein-Neckar am 08.07.2015 in Heidelberg teilnehmen.
- Aus dem Erprobungsraum Rheinland wurden zwei Vorschläge für Fokusthemen der Plattform „Digitale Verwaltung und öffentliche IT“ zum 9. Nationalen IT-Gipfel im November 2015 in Berlin formuliert: „Intelligente Verkehrsnetze für die Schwerlastlogistik“ und „Kommunale Digitale Agenda“.
- Im Rahmen der Kooperation mit der Industrie- und Handelskammer zu Köln werden mögliche Aktivitäten in den Themenfeldern W-LAN (Hot Spot) und Apps (im Sinne einer Zusammenführung von Apps für eine standortbezogene Nutzung) geprüft.

³² Vgl. o. V. <http://de.opendataday.org/> und Dokumentation der Projekte auf <http://odd15.hackdash.org/>, Abruf am 23.02.2015

VII. Veranstaltungsübersicht 2014/2015

Schwerpunktthema Offene Bildungsinfrastrukturen

Veranstaltungen

Termine

OER Köln - Camp für freie Bildungsmaterialien BarCamp in Köln	25.10.2014
--	------------

Schwerpunktthema Open Data

Veranstaltungen

Termine

Workshop Open Data (zusammen mit AK Open Data des KDN)	08.07.2014
Workshop Open Data (zusammen mit AK Open Data des KDN)	24.09.2014
Beteiligung am internationalen Open Data Day	21.02.2015

Schwerpunktthema Mobile und Vernetzte Verwaltung

eVergabe:

Veranstaltungen

Termine

Workshop eVergabe (Landschaftsverband Rheinland, Stadt Köln)	14.03.2014
Workshop eVergabe (LVR, LWL, Stadt Köln)	29.01.2015
nächste Sitzung Anwendergemeinschaft	in Planung
Informationsveranstaltung „Bieter“; e-Vergabe NRW; koordiniert durch LVR-InfoKom	in Planung

Schwerlasttransporte:

Veranstaltungen

Termine

2. Sitzung AG Projektskizze	21.01.2014
1. gemeinsame Sitzung der UAG 2/3	23.01.2014
Abstimmungstermin IT-Schnittstellen (Stadt Köln – Straßen.NRW)	27.01.2014
4. Sitzung UAG 2	11.02.2014
5. Sitzung PG	19.02.2014
Vorstellung der Verkehrsleitzentrale	21.03.2014
Info-Austausch MRN in Köln	26.03.2014
5. Sitzung UAG 2 (Abschlussdiskussion Projektskizze)	26.05.2014
Übergabe Projektskizze an MBWSV	19.09.2014
3. Sitzung AG Projektskizze	20.10.2014
9. Regionalkonferenz MRN in Mannheim	10.11.2014
DIHK Fachaustausch „Großraum- und Schwerlastverkehr“	21.11.2014
Projektgruppensitzung	05.02.2015

Erweiterte Zulassung:*Veranstaltungen**Termine*

Pilotprojekt mit dem Rhein-Erft-Kreis zur überörtlichen Kfz-Zulassung: Produktivsetzung	23.05.2014
Erfahrungsaustausch zum Projekt „Überörtliche Kfz-Zulassung“ im Sinne einer Blaupause	in Planung für 2015

Ausländerwesen*Veranstaltungen**Termine*

Pilotprojekt zur eAusländerakte in Köln – Auftaktveranstaltung (projektintern)	04.11.2014
--	------------

Multikanalfähigkeit und 115*Veranstaltungen**Termine*

Auszeichnung der 115-App beim 13. eGovernment-Wettbewerb in der Kategorie „Bester Beitrag zur Umsetzung der Nationalen eGovernment-Strategie (NEGS)“ - Initiative des IT-Planungsrats unter der Federführung des Landes Rheinland-Pfalz in Zusammenarbeit mit den Ländern Sachsen und Sachsen-Anhalt, der Metropolregion Rhein-Neckar, der Stadt Köln und dem Bund 115 – Forum NRW (Zukunftsforum West)	03.07.2014 12.11.2014
---	------------------------------

Mobile Government und App-Entwicklung*Veranstaltungen**Termine*

Videokonferenz Mobiles Arbeiten – mit Arbeitskreis KDN	03.07.2014
--	------------

Energiemanagement*Veranstaltungen**Termine*

Workshop CO ₂ -Zertifizierung	24.03.2014
--	------------

Kooperation der Erprobungsräume

Veranstaltungen

Termine

Workshop CO ₂ -Zertifizierung	24.03.2014
Info-Austausch zum Thema Schwerlasttransporte	26.03.2014
Regionalkonferenz MRN – mit den Fachforen:	10.11.2014
- Fachforum „Digitale Infrastrukturen“	
- Fachforum „Open Data“	
Unterzeichnung eines Letter of Intent zur Zusammenarbeit	21.10.2014

Kooperation mit der Industrie- und Handelskammer zu Köln

Veranstaltungen

Termine

Unterzeichnung eines Letter of Intent zur Zusammenarbeit	20.10.2014
Cologne IT-Summit_2014	24.11.2014

VIII. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Zusammenkunft in Hamburg am 20.10.2014.....	4
Abbildung 2: Themenvielfalt im Erprobungsraum Rheinland.....	5
Abbildung 3: Aufbau und Verzahnung der Arbeitsgruppen.....	9
Abbildung 4: Projektverlauf.....	9
Abbildung 5: Anwendungsarchitektur Zielsystem (Entwurf).....	11
Abbildung 6: Datenbereitstellung und Vernetzung (schematisch).....	12
Abbildung 7: Projekt e2watch: Monitoring Strom und Wasser.....	15
Abbildung 8: Projektansatz MRN für ein CO ₂ -Bilanz-Portal.....	16
Abbildung 9: SmartCity Cologne als Plattform.....	17
Abbildung 10: Projektauswahl SmartCity Cologne, Stand März 2014.....	18
Abbildung 11: eGovernment-Preis für die 115-App.....	21
Abbildung 12: Podiumsdiskussion Zukunftsforum West 12.11.2014.....	22
Abbildung 13: Unterzeichnung der Zusammenarbeit von krz, KDN und Stadt Köln.....	26
Abbildung 14: cologne IT summit_2014.....	30
Abbildung 15: Get-Together auf der Regionalkonferenz.....	33
Abbildung 16: Fachforum Digitale Infrastruktur.....	34
Abbildung 17: Unterzeichnende Letter of Intent der Erprobungsräume.....	35
Abbildung 18: Unterzeichnung Letter of Intent IHK zu Köln.....	36

IX Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Thematische Übersicht der Aktivitäten 2012-2013.....	5
---	---

X. Literaturverzeichnis

- Eßig, Michael und Amann, Markus, Public Customer Attractiveness – Ist die Öffentliche Hand ein attraktiver Auftraggeber?, in: Supply Change Management, I/2014, S. 7, https://www.ipm-scm.com/fileadmin/media/epaper/supply_chain_management_1-2014/files/assets/basic-html/page7.html, Abruf am 19.01.2015
- Henzgen, Otmar und Wallenstein, Michael, 115-App – Weiterentwicklung der 115, Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur Rheinland-Pfalz http://egovernmentwettbewerb.de/presentationen/2014/Ministerium_des_Innern_fuer_Sport_und_Infrastruktur_des_Landes_Rheinland-Pfalz.pdf, Abruf am 27.01.2015
- o. V., Bremen, Pressemitteilung der Senatorin für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen vom 22.10.2014, <http://www.senatspressestelle.bremen.de/sixcms/detail.php?id=110168&asl=bremen146.c.25714.de>, Abruf am 29.10.2015
- o. V., Bremen, Pressemitteilung der Senatorin für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen vom 28.01.2015, <http://www.senatspressestelle.bremen.de/sixcms/detail.php?id=126280>, Abruf am 29.01.2015
- o. V., eco . Verband der deutschen Internetwirtschaft e. V., Pressemeldung vom 14.01.2015, <https://www.eco.de/2015/pressemeldungen/experten-erwarten-arbeitswelt-4-0-bis-2025-etabliert.html>, Abruf am 28.01.2015
- o. V., e-Egovernment-Wettbewerb, Vorstellung der Preisträger, <http://www.egovernment-wettbewerb.de/gewinner/gewinner-2014.html>, Abruf am 27.01.2015
- o. V., IHK Köln, http://www.ihk-koeln.de/upload/Leter_of_Intent_37275.pdf, Abruf am 29.01.2015
- o. V., IHK Köln, Pressemitteilung IHK zu Köln und Stadt Köln, http://www.ihk-koeln.de/PM_Letter_of_Intent.AxCMS, Abruf am 29.01.2015
- o. V., KGSt-Journal kgst-aktuell, 60. Jahrgang, Nr 1/2015, Januar 2015, S. 15, <https://www.kgst.de/dotAsset/1163861.pdf>, Abruf am 29.01.2015
- o. V., Stadt Köln, Ratsvorlage zur Sitzung des Kölner Rats am 08.04.2014, TOP 10.6 „Integriertes Klimaschutzkonzept“, <http://www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/umwelt-tiere/klima/klimaschutzmassnahmenprogramm-koeln-2014>, Abruf am 26.01.2015
- o. V., krz, Pressemitteilung krz vom 13.01.2015, <http://www.krz.de/index.php?&ModID=255&FID=661.2905.1&object=tx%7C396.1026.1>, Abruf am 29.01.2015
- o. V., OParl. Initiative für Offenheit parlamentarischer Informationssysteme, <http://oparl.org/ueber-oparl/>, Abruf am 23.02.2015
- o. V. <http://de.opendataday.org/> und Dokumentation der Projekte auf <http://odd15.hackdash.org/>, Abruf am 23.02.2015
- o. V., SmartCity Cologne, Darstellung auf der Projektplattform <http://www.smartcity-cologne.de/zukunft-gestalten/>, Aufruf am 26.01.2015.
- o. V., VEMAGS = Verfahrensmanagement Groß- und Schwertransporte; <http://www.vemags.de/>, Abruf am 22.11.2013
- o. V., VIR-Nordwest, <http://www.vir-nordwest.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen02.c.730.de>
- Spielkamp, Matthias, iRights.info, „OER Köln - OER und Urheberrecht - Was ist zu beachten?“ Session auf dem OER Köln Camp vom 25.10.2014, <https://www.youtube.com/watch?v=EAKaY-oyecw&feature=youtu.be>, Abruf am 29.01.2014